Nr. 204 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Mittwoch, den 7. September 1927

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Eröffnung des britischen Gewerkschaftskongresses

Kampfansage gegen die Regierung Baldwin — Ablehnung des Antigewerkschaftsgesetzes — Die Arbeiterschaft kann den Frieden erzwingen

Am Scheidewege . . .

Für das Fortbestehen der polnischen Demokratie oder besser gesagt, Innehaltung der Verfassung, sind es Tage banger Erwartung, die dem „männlichen" Antrag auf Einberufung des Sejms folgen! Zwar hat sich der Vizepremier Bartel mit dem Ministerpräsidenten über die Einberufung einer außerordentlichen Sejmsession schon verständigt, doch vermag selbst der beste Pilsudskifreund im Lager der Sanatoren nicht zu sagen, welche Beschlüsse die Unterredung zwischen Pilsudski und Bartel gezeitigt hat. Und diese Unklarheit ist es, die der polnischen Innenpolitik für die nächsten Tage den Stempel aufdrückt. Aber nicht nur der Innenpolitik, sondern auch dem außenpolitischen Kurs, von welchem selbst die Vertrautesten nicht sagen können, wohin er steuert und die demokratische Linke befürchtet mit vollem Recht, daß das ganze Volk eines Tages vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt wird. Außer einigen belanglosen Presseerklärungen, hat bisher weder der Außenminister, noch die Regierung dem Volk noch dem Sejm über ihre außenpolitischen Absichten nach dem Maiumsturz etwas berichtet, woran man sich bei der Beurteilung der außenpolitischen Strömung halten könnte. Zwar hat die Regierung im Wojkowkonflikt eine glückliche Hand gehabt, ob auch eine glückliche Lösung, ist eine Frage, die sich erst jetzt mit dem Fall in der Sowjetgesandtschaft erweisen wird. Aber nicht über die außenpolitischen Ziele soll hier gesprochen werden, deren Friedensabsichten durch das Kabinett nicht geleugnet werden können, sondern über die Innenpolitik, die auf dem Scheidewege zwischen Demokratie und Faschismus steht.

Vergeblich hatten die politischen Parteien gewartet, daß die Regierung von sich aus den Sejm einberuft. Man war der Ueberzeugung, daß sich die Regierung nicht wird durch einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sejmsession zur Entscheidung zwingen lassen. Und man hat gewartet, in der Annahme, daß trotz aller Differenzen, die zwischen Parlament und Regierung bestehen, doch noch eine Lösung gefunden wird. Die Regierung schwieg, obwohl es ihr bekannt war, daß der Antrag auf Einberufung der außerordentlichen Session die notwendigen Unterschriften erlangt hat und zwar nur der polnischen Parteien, nicht etwa der sogenannten Fremdkörper, der Minderheiten. Nicht also die Völker Polens wollen den Sejm, sondern das Wirtsvolk wünscht den Zusammentritt des Parlaments. Aber auch jetzt schweigt die Regierung und die Parteien wiegen sich im Rätselraten, ob nun der Staatspräsident dem Rufe folgen wird oder nicht. Für die Rechte ist es ein Schauspiel, denn die Verächter der Demokratie heben sich jetzt als Schützer der Verfassung vor, während die Kreise, die im Mai auszogen, um die demokratische Verfassung zu schützen, lavieren müssen und auf Zufallsgnade angewiesen sind, die so aus dem Rahmen des Kabinetts fällt. Denn noch weiß man nicht, ob der Sejm einberufen wird, das ist Geheimnis des Ministerpräsidenten und des Vizepremiers und dann weiß man nicht, ob es eine außerordentliche Session wird oder seine letzten Tage vor der Auflösung; noch steht nicht fest, ob der Sejm nur das Budget oder eine ordentliche Gesetzgebung beraten soll und schließlich, ob er nicht doch noch seine Lebensdauer durch irgend ein Gesetz verlängern muß. Muß, ist die Frage für ihn, denn wird er nicht folgen, so wird er eben wieder in einer Ungewißheit nach Hause geschickt.

Für die demokratischen Parteien des Sejms ist dieser Zustand eine Belastungsprobe, da es keine verantwortliche Regierung zu geben scheint, die vor das Parlament treten muß und hier Rechenschaft abgibt, sondern die gesamte Verantwortung hat eine einzelne Persönlichkeit, Pilsudski, auf sich genommen, dem es höchst gleichgültig zu sein scheint, was man über seine politischen Absichten denkt. Was wird nun folgen, das ist die bange Frage. Nachdem der Sejm sich zu dem Antrag auf Einberufung der außerordentlichen Session aufgerafft hat, muß er auf Erledigung der Gesetze bestehen, die bei seiner Heimschickung durch Pilsudski liegen geblieben sind. Es ist zunächst das Selbstverwaltungsgesetz, dann das Gesetz über Versammlungs- und Koalitionsfreiheit und nicht zuletzt das Pressedekret. Wir wollen über die anderen nebensächlichen Fragen schweigen. Aber darüber ist man sich in allen politischen Kreisen klar, daß es eben diese Gesetzesprojekte sind, über welche zwischen Regierung und Sejm keine Einigung erzielt werden konnte. Und weil seitens der Regierung keine Abänderungen gewünscht wurden, die vorliegenden Projekte aber nicht annehmbar waren, wurde der Sejm, besonders wegen des Pressedekrets, welches er ablehnte, nach Hause geschickt. An der Haltung hat sich aber weder innerhalb der Parteien noch des Kabinetts etwas geändert und hier liegt die Schwierigkeit für Regierung und Volksvertretung. Will die Regierung ihren Standpunkt innehalten, so gibt es nur eine Regierung der Volksvertretung oder Auflösung, aber von Neuwahlen will man in Regierungskreisen zunächst nichts wissen. Eine Regierung des Sejms ist aber ein deutlicher Uebergang zur Diktatur, gegen die sich gerade die Regierung entschieden verwahrt. Man lehnt den Faschismus ab und doch befindet man sich auf dem Scheidewege zwischen ihm und der Demokratie. —ll.

London. Der Gewerkschaftskongreß ist Montag in Edinburgh unter dem Vorsitz des Präsidenten Hicks in Anwesenheit von 646 Delegierten, die eine Gesamtmitgliederzahl von über 4 Millionen Mitgliedern vertreten, eröffnet. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Mitgliederabnahme um 200 000 zu verzeichnen. Die Zahl der vertretenen Gewerkschaften beträgt 204. Außerdem sind die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Mexiko, Indien und die Amsterdamer Internationale durch Delegierte vertreten. Ramsay Macdonald und Arthur Henderson wohnen den Verhandlungen als Vertreter der Arbeiterpartei bei. Die Hauptfragen, die den Kongreß beschäftigen werden, sind die Zukunft des englisch-russischen Gewerkschaftskomitees, die Beziehungen der britischen Arbeiterbewegung zur Amsterdamer Internationale und Organisationsfragen, darunter das Problem der Bildung einer einzigen großen Gewerkschaft. Allgemein wird erwartet, daß sich über die Beziehungen zu Rußland eine sehr lebhafte Aussprache entwickeln wird. In manchen Kreisen wird sogar ein vollständiger Bruch mit den russischen Gewerkschaften für möglich gehalten.

Präsident Hicks hielt zu Beginn des Kongresses eine sehr bedeutende Rede. Er wandte sich zunächst mit einem bemerkenswerten Appell zur Zusammenarbeit an Arbeitgeber und Arbeitnehmer, um den industriellen Frieden in Groß-Britannien wieder herzustellen. Der Redner warnte weiter vor den Gefahren eines neuen Krieges. Die Kriegsmacher befänden sich noch immer am Werke und hätten die Macht, die ganze Bevölkerung Englands und anderer Länder in einen neuen Weltkrieg zu treiben. Die Arbeitgebergewerkschaften könnten den Krieg verhindern, denn sie hätten die Macht dazu. Es handelt sich lediglich um die Frage, ob man gewillt sei, diese Macht zu gebrauchen. Im Zusammenhang mit dem vor einigen Wochen durchgebrachten neuen Gewerkschaftsgesetz führte Hicks aus, daß eine derartige „gesetzliche Unterstützung der Arbeiterbewegung" abgelehnt werden mußte. Was diese Arbeiterbewegung früher in vollem Tageslicht getan habe, müsse sie nun mit zweifelhaften Mitteln auf unterirdischen Wegen durchführen. Die Ziffern des Arbeitsministeriums wiesen aus, daß in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres sich mehr als eine Million Arbeiter Herabsetzung von durchschnittlich 5 Schilling pro Woche hätten gefallen lassen müssen. Ueber drei Millionen Menschen lebten in England in von Krankheit und Fieber verseuchten Wohnungen. Man könne in Flugzeugen fliegen und in Unterseebooten unter dem Wasser fahren, man könne auf drahtlosem Wege mit allen Teilen der Welt sofort in Verbindung treten usw. Man könne aber anscheinend nicht die Kinder der Arbeiterschaft vor Hunger schützen.

Im Verlauf der weiteren Aussprache wurde eine Resolution des Generalrates vorgelegt, in der die Regierung wegen der Durchführung des Gewerkschaftsgesetzes heftig kritisiert wird. Die Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Sokal bei Chamberlain und Briand

Die Rückwirkungen des Nichtangriffspaktes — Verständigung mit Stresemann — Deutschlands Verhalten passiv — Was Polen vorschlägt — Nur dillatorische Behandlung in Genf

Paris. Wie das „Echo de Paris" aus Genf berichtet, fand gestern eine Unterredung zwischen Chamberlain und dem polnischen Delegierten Sokal statt, und anschließend daran eine Besprechung Briands-Sokal. Im Zusammenhang hiermit stellt Pertinax fest, daß Chamberlain es natürlich für notwendig halte, sich vor einer Unterstützung des polnischen Vorschlages mit Dr. Stresemann zu besprechen. Es sei leicht möglich, daß Briand derselben Ansicht sei. Angesichts des Widerstandes, den Dr. Stresemann gegenüber dem Artikel 10 des Völkerbundspaktes bewiesen habe, sei anzunehmen, daß die Verhandlungen zwischen den drei Außenministern über das polnische Projekt nur langsam vonstatten geht. Dr. Stresemann könne vom deutschen Standpunkte aus nichts besseres tun, als was er eben jetzt tue, sich passiv zu verhalten. Er wisse, daß die Ereignisse nur für ihn arbeiten und die in Europa bestehenden Unruhezentren ihm die besten Aussichten für eine Revision der Verträge geben.

Der Genfer Korrespondent des „Journal" meint, der Vorschlag Sokals werfe wieder den Gedanken des obligatorischen Schiedsgerichtes auf und führe damit unvermeidlich erneut zum Genfer Protokoll, das die Abrüstung von der Sicherheit abhängig mache. — Die linksstehende „Volontee" verlangt die schrittweise Anwendung des Genfer Protokolls, zumindest auf Europa. Frankreich begehe einen großen Fehler, wenn es die europäische Sicherheit immer nur von dem Gesichtspunkt seiner eigenen Sicherheit beurteile. Die Sicherheit Europas sei nicht mehr eine Frage, die nur einzelne Länder angehe, sondern ganz Europa.

Sauerwein bezeichnet die in Genf auf Grund des polnischen Vorschlages eingelegten Verhandlungen als eine gute nach platonischen allgemeinen Formeln gegen den Krieg. Derartige Formeln, die wohl in dem Verhältnis Frankreichs zu den Vereinigten Staaten bestehen, zwischen denen keinerlei Konflikte bestehen, würden aber nur ein Verderben der Tatsachen und Gefahren bedeuten, sobald sie auf Mächte ausgedehnt würden, die sich gegenseitig bedroht fühlten. Wenn in den bisherigen Genfer Abmachungen Lücken bestanden, so solle man sie durch konkrete Vereinbarungen ausfüllen, sonst werde dem Ansehen des Völkerbundes nicht gedient sein.

Was Polen in Genf vorschlagen will

Genf. Von maßgebender französischer Seite wird heute zu den vielerörterten polnischen Vorschlägen zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes folgende Mitteilung gemacht:

„Die polnische Delegation wird in der Vollversammlung des Völkerbundes den Antrag zu einer Entschließung einbringen, nach der sämtliche Mitgliedsstaaten des Bundes die feierliche Verpflichtung auf sich nehmen, im Falle von Differenzen untereinander nicht zu kriegerischen Maßnahmen zu greifen."

In dieser Resolution soll jedoch keinerlei Bestimmung über Sanktionsmaßnahmen oder obligatorische Schiedsgerichtsregelung aufgenommen werden. Die Absichten der polnischen Regierung gehen darauf hinaus, einen angreifenden Staat außerhalb des Gesetzes zu stellen. In der Resolution soll dann ihre Annahme als Basis für den Abschluß weiterer internationaler Sicherheitsverträge dienen.

Zweifellos beabsichtigt die polnische Delegation hiermit ein künftiges Ostlocarno mit Deutschlands Einfluß vorzubereiten. Von deutscher Seite muß nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß deutscherseits eine Garantieverpflichtung der gegenwärtigen Westgrenze Polens unter keinen Umständen als Diskussionsthema anerkannt werden kann.

Dillatorische Behandlung der polnischen Vorschläge?

Genf. Von gut unterrichteter Seite verlautete, daß in englischen Delegationskreisen die Absicht bestehe, die Vorschläge der polnischen Regierung für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zunächst den einzelnen interessierten Regierungen zur Prüfung zu überweisen und zwar sollen die Vorschläge nach rein juristischen, völkerrechtlichen Gesichtspunkten geprüft und ihre Durchführbarkeit erörtert werden. In eine sachliche Diskussion der Vorschläge soll auf der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes nicht eingetreten werden. Welche weitere Behandlung die polnischen Vorschläge nach dem vorbereitenden juristischen Studium erfahren sollen, wird vorläufig noch nicht in Erwägung gezogen. Eine Annahme dieses Verhandlungsmodus würde allerdings praktisch eine dillatorische Behandlung der polnischen Anregung bedeuten.

Von polnischer Seite wird nach wie vor behauptet, daß konkrete Paktvorschäge keineswegs vorlägen, die polnische Delegation vielmehr lediglich im Rahmen der vorbereitenden Abrüstungsdebatte die Notwendigkeit einer allgemeinen Resolution gegen die kriegerischen Maßnahmen bei internationalen Streitigkeiten vorbringen werde

Die Eröffnung der Völkerbundstagung

Im Zeichen der Abrüstung

Genf. Montag um 10½ Uhr fand die Eröffnung der achten ordentlichen Session des Völkerbundes statt. Wie alljährlich, haben sich die Delegationen der 52 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes in Genf vereinigt. Die Stadt zeigt das übliche Bild der großen Völkerbundstagung. Die meisten Delegationen sind erst im Laufe des Sonntags, viele sogar erst Montag früh eingetroffen. An der Spitze der englischen Delegation steht Chamberlain. Dagegen fehlt die seit Jahren so bekannte Erscheinung Lord Robert Cecils. Auf der französischen Bank sieht man Briand und die anderen bekannten Köpfe. Die deutsche Delegation, die diesmal zum zweiten Male an der Vollversammlung des Völkerbundes teilnimmt, weist beinahe die gleiche Zusammensetzung auf, wie im vorigen September, als der feierliche Aufnahmebeschluß in die Bundesversammlung erfolgte. Leer bleibt auch diesmal wieder der Sitz Argentiniens. Unbesetzt ist auch der Sitz Spaniens. Die diesjährige Tagung kann kaum als inhaltsreich bezeichnet werden. Eine große Zahl der üblichen Kommissionsberichte, eine große Reihe von verwaltungstechnischen und Finanzfragen, kaum eine Frage weitgehendsten politischen Charakters, außer dem Abrüstungsproblem, das gegenwärtig infolge der von der polnischen Regierung eingeleiteten Aktion völlig im Mittelpunkt des Interesses steht.

Die Probleme Abrüstungssicherheit sind hierdurch wiederum auf das äußerste aktuell geworden und beherrschen die Situation. In erster Linie ist neben Sowjetrußland, das ja außerhalb der Genfer Atmosphäre steht, Deutschland, das von dieser Diskussion unmittelbar berührt wird. Mit großer Spannung sieht man in Völkerbundskreisen den bevorstehenden Debatten über die Abrüstungsprobleme entgegen. Die allgemeine Aufmerksamkeit wird darauf gerichtet, welche Stellung Dr. Stresemann in diesen Debatten einnehmen wird. Die Gedankengänge des Locarno- und Rheinpaktes scheinen völlig verschwunden. Die vorläufig noch ungelösten Ostprobleme stehen im Vordergrund.

Kurz nach ½11 Uhr betrat der Präsident des Völkerbundsrates, Villegas, die Präsidententribüne und erklärte die ordentliche Tagung des Völkerbundes für eröffnet. Noch kurz vor Eröffnung der Tagung herrschte in dem Reformationssaal, dem traditionellen Tagungsort des Völkerbundes, lebhaftes Treiben. Auf der Tribüne des Präsidenten sieht man in dichten Gruppen die führenden Delegierten und die maßgebenden Persönlichkeiten des Völkerbundes stehen. Man sieht Albert Thomas und den deutschen Generalsekretär Dufour. Im Versammlungsraum selbst ist eine Aenderung der Plazierung der Delegationen vorgenommen. Die deutsche Delegation ist rechts von der Präsidententribüne auf einer der ersten Bänke, vor der deutschen Delegation Australien und Belgien. Links neben ihr auf der ersten Bank vor der Tribüne sieht man die französische Delegation und in lebhaftem Gespräch Chamberlain und Briand nebeneinander stehend. Allgemein fällt die große Gestalt des ungarischen ersten Delegierten, Graf von Apponyi, auf, der vor zwei Jahren die so aufsehenerregende Minderheitsrede in der Vollversammlung hielt. Die Diplomatenloge ist wieder dicht besetzt. Ebenso die Loge für das Publikum. Wie alljährlich, sind die Pressetribünen überfüllt. Die rechte Tribüne ist fast ausschließlich für die diesmal außerordentlich zahlreich erschienene deutsche Presse reserviert. Auf der linken Tribüne sieht man die englische, amerikanische, belgische und französische Presse.

Guani Präsident der Völkerbunds-Versammlung

Genf. Nach einstündiger Pause nahm die Vollversammlung des Völkerbundes mittag um 2 Uhr ihre Beratungen wieder auf. Inzwischen war die Kommission zur Prüfung der Vollmachten zusammengetreten. Bevor die Wahl des Versammlungspräsidenten begann, gab der japanische Delegierte, Botschafter Adatschi, eine kurze Erklärung ab, in der er mitteilte, daß er eine Kandidatur für den Präsidentschaftsposten nicht aufgestellt habe und eine Wahl auch ablehnen müßte. Hierauf schritt die Versammlung zur Wahl des Präsidenten, die so vor sich ging, daß die ersten Delegierten jeden Landes zur Präsidententribüne gingen und in den dort aufgestellten Zettelkasten ihren Zettel hineinwarfen. Von 47 Stimmen wurden 24 Stimmen auf den Pariser Gesandten Uruguays, Guani, und 23 Stimmen auf den österreichischen Gesandten, Graf Mensdorf, abgegeben. Unter allgemeinem Beifall übernahm sodann Guani den Vorsitz der Völkerbundsversammlung.

Der russisch-französische Konflikt beigelegt

Rakowski bleibt auf seinem Pariser Botschafterposten.

Paris. Sowjetbotschafter Rakowski ist Montag vormittag aus seiner Sommerfrische für zwei Tage nach Paris zurückgekehrt. Angesichts der Angriffe, denen Sowjetbotschafter Rakowski wegen Unterzeichnung eines Aufrufs der Kommunistischen Partei Rußlands ausgesetzt ist, läßt er durch Havas eine Erklärung veröffentlichen, in der er sagt:

Er mißbillige es, daß ein Sowjetvertreter den Aufstand oder die Desertion in Frankreich organisiere. Das von ihm unterzeichnete Schriftstück fasse die Hypothese eines eventuellen Krieges gegen die Sowjetunion ins Auge und beziehe sich folglich nicht auf einen derzeitigen und konkreten Fall.

Im übrigen soll, wie eine französische Agenturmeldung aus Genf besagt, Briand erklärt haben, er überlasse die Sorge, zu entscheiden, ob Botschafter Rakowski abberufen werden müsse oder nicht, der russischen Regierung. Er selbst habe die Desavouierung für befriedigend erachtet. Man dürfe diese bedauerliche Angelegenheit keinesfalls als einen Schritt Frankreichs zu einem Abbruch der Beziehungen zu Rußland auffassen.

Nach einer Aeußerung der Havasagentur hat der Sowjetbotschafter Rakowski nicht die Absicht, zurückzutreten.

Achmed Bey Fürst von Skutari

Berlin. Die Morgenblätter geben eine Meldung aus Skutari wieder, wonach der Aufenthalt Achmed Bey Zogus in Skutari den Charakter einer politischen Demonstration annimmt. Am Freitag erließ Achmed Bey eine Amnestie für alle politischen Verbrecher. Ueber 70 Verurteilte, unter ihnen Führer nordalbanischer Stämme und katholische Geistliche, wurden in Freiheit gesetzt. Den ins Ausland geflüchteten nordalbanischen Führern steht die Rückkehr in die Heimat frei. Diese Aktion hat in Skutari große Freude ausgelöst. Achmed Bey Zogu wurde zum Fürsten von Skutari ausgerufen und gekrönt. Allgemein glaubt man, daß für Achmed Bey Zagu dieser Titel nur die Vorstufe für die Ausrufung als König sein werde.

Borah gegen die französische Anleihe

New York. Senator Borah fordert in einem Schreiben das Staatsdepartement auf, daß die amerikanische Regierung solange ihre Zustimmung zu der französischen Hundertmillionen-Dollar-Anleihe versage, bis die Kriegsschuldfrage geregelt sei.

Die Kommunistenverhaftungen in Ungarn

Wien. Wie der „Morgen“ aus Budapest meldet, wurden gestern im Zusammenhang mit der Kommunistenaffäre bis in die späten Nachtstunden weitere 52 Personen verhaftet und verhört. Bis Sonntag Nacht befanden sich bereits über 100 Personen in Polizeigewahrsam.

Clemenceau im Sterben

Berlin. Wie die Abendblätter aus Paris melden, erlitt Clemenceau in der letzten Nacht einen schweren Herzanfall, so daß das Schlimmste zu erwarten ist. Clemenceau würde am 28. September 86 Jahre alt werden.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Polizei

Warschau. Anläßlich des 15. internationalen Kongresses der kommunistischen Jugendverbände kam es gestern in Warschau an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Die Kommunisten versuchten einen Demonstrationszug zu veranstalten, wurden aber von der auf Autos herbeigeeilten Polizei nach kurzer Zeit zerstreut. Etwa 180 Kommunisten wurden verhaftet. Auch aus Wilna und Wloclawek werden Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten gemeldet.

Der erste Schub aus Memelland

Memel. Am Sonnabend wurden zwei Reichsdeutsche aus dem Memelgebiet abgeschoben. Wie weiter berichtet wird, sind gestern fast sämtliche reichsdeutschen Zeitungen in Memel beschlagnahmt worden. Die „Königsberger „Allgem. Zeitung“ wurde für dauernd für das Memelgebiet verboten.

Die Besatzungsverminderung bestätigt

Genf. Die Montag von den alliierten Regierungen der deutschen Delegation übermittelte offizielle Notifizierung über die Verminderung der Besatzungstruppen des Rheinlandes gibt lediglich den Beschluß der alliierten Regierungen auf Herabsetzung der gegenwärtigen Stärke im Rheinland um 10 000 Mann bekannt, ohne jedoch, wie allgemein erwartet wurde, einen festen Termin für die Zurückziehung der Truppen mitzuteilen. Ferner wird gleichfalls über die weiteren Erleichterungsmaßnahmen keine konkrete Angabe gemacht, sondern lediglich weitere Mitteilungen in Aussicht gestellt. So ist nichts von den Ausführungen der von alliierter Seite durch den Locarnopakt eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere aber über die Regelung der Besatzungsfrage, trotz aller deutschen Bemühungen, gesagt. Man nimmt daher an, daß in den bevorstehenden weiteren Aussprachen Dr. Stresemanns mit den alliierten Außenministern die einleitenden Verhandlungen über die gesamten zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen von neuem eingehend erörtert wird.

Von französischer Seite versucht man neuerdings, die Dinge so darzustellen, als sei in den bisherigen Erörterungen der Rheinlandsfragen in Genf eine Ausführung der offiziell eingegangenen Verpflichtungen in der Note der Botschafterkonferenz vom November 1925 lediglich erklärt worden, daß man sich einer Diskussion dieser Frage im Rahmen einer allgemeinen Aussprache nicht widersetzen werde. Welchen Verlauf die bevorstehenden weiteren Verhandlungen der Außenminister haben werden, ist zur Zeit noch in keiner Weise zu übersehen. Auf englischer Seite legt man sich gegenwärtig in Genf in der Erörterung der Rheinlandsprobleme große Zurückhaltung auf, so daß der englische Standpunkt in dieser Frage bisher noch wenig bekannt geworden ist. Feststehen dürfte lediglich, daß von deutscher Seite der gesamte Komplex der Rheinlandsfragen zur Verhandlung gestellt und hierauf die deutsche Forderung auf volle Erfüllung der gegebenen Versprechungen mit großem Nachdruck geltend gemacht werden wird. Es muß darauf hingewiesen werden. daß die gegenwärtig von französisch-polnischer Seite gegenwärtig in den Vordergrund gerückten Abrüstungs- und Sicherheitsprobleme unter keinen Umständen die eine eingehende Klärung erfordernden Rheinlandsprobleme in den Hintergrund drängen dürften. Die heute erfolgte offizielle Notifizierung der Truppenverminderung wird lediglich als Anlaß genommen, in den kommenden Verhandlungen mit den Außenministern die gesamten schwebenden Fragen nachdrücklich zur Verhandlung zu stellen. Von deutscher Seite gilt das Hauptziel der gegenwärtigen Verhandlungen, die energische Inangriffnahme der Lösung der gesamten Rheinlandsfragen sowie die Regelung der bisher unerfüllt gebliebenen Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag.

Wieder eine Bombenexplosion in Amerika

New York. Gestern nacht explodierte vor dem Gebäude des Obersten Gerichts in Brooklyn eine Bombe, die jedoch nur geringen Schaden anrichtete. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

39)

Sie hatte die Sache sehr ruhig aufgenommen, aber Nora, die ihre Herrin kannte, ließ sich nicht täuschen. Miß Revelstoke war wütend vor Zorn, obgleich die Hand, die die Nadel hielt, nicht gezittert hatte und ihre Stimme ruhig und ungetrübt klang. Freilich über die beiden roten Flecken, die auf ihren Wangen erschienen, besaß sie keine Gewalt.

Von ihrem Zimmer aus sah Nora, wie der Wagen fortfuhr, und sie ging wieder hinunter, erfüllt von einem Gefühl der Erleichterung, daß sie für den Augenblick die bedrückende Anwesenheit der Frau los war.

Ihre Stellung wurde unmöglich, dessen war sie sich auf dem Rückwege vom Warenhause bewußt geworden. Und doch konnte sie keine vernünftige Entschuldigung finden, warum sie Colville Gardens verlassen sollte. Für vieles mußte sie Miß Revelstoke sogar dankbar sein. Die Frau hatte sie gütig und menschenfreundlich behandelt, niemals unmäßige Forderungen an ihre Zeit gestellt und war die erste Arbeitgeberin, die Nora nicht als einen besseren Dienstboten betrachtet hatte.

Ewa sechs Uhr kehrte Miß Revelstoke zurück. Die Ausfahrt hatte anscheinend ihren Aerger verscheucht; sie war in sehr heiterer Stimmung.

Sofort nach ihrer Rückkehr sandte sie nach dem Mädchen.

„Ich habe Henry aufgesucht“, sagte sie. „Er ist natürlich etwas verstimmt, kann aber Ihren Standpunkt verstehen und denkt, daß Sie, im Grunde genommen, recht haben. Teilen Sie ihm alles Nähere mit! Wer sind die Rechtsanwälte Ihres Vaters, er fragte darnach?“

Nora geriet in die peinlichste Verlegenheit, da sie die Namen nicht wußte. Der Detektiv hatte sie zwar genannt, doch hatte Nora sie vergessen. Miß Revelstoke schien die Verwirrung des Mädchens nicht zu beachten, denn sie fragte nicht weiter.

„Glücklicherweise hat Henry noch nicht viel unternommen“, fuhr sie fort. „Allerdings hatte er sich bereits mit Monkfords Rechtsanwälten in Verbindung gesetzt, die ebenfalls ärgerlich waren. Das Schlimmste ist ja bei diesen elenden Anwälten, daß sie alle ihren Anteil an einem solchen Nachlaß, wie dem Monkfords, haben wollen. Sie werden sich freuen, zu hören, daß das Testament nicht angefochten werden wird. Monkford besaß keine Verwandten, und in seinem früheren Testament hinterließ er sein Vermögen für wohltätige Zwecke.“

Mit einem kurzen Lachen stand sie auf.

„Ich fühle mich in Anbetracht Ihres Glückes sehr unbedeutend“, sagte sie heiter. „Gestern noch waren Sie nichts weiter als meine Sekretärin, allerdings ein sehr nettes Mädchen, aber wenn Sie mir den Ausdruck verzeihen wollen, eine Null. Heute wage ich es kaum, Ihnen eine Anweisung zu geben.“

Das Verhalten ihrer Herrin beruhigte das Mädchen, es wurde selbst heiter.

„Sie haben mir schon manche gegeben“, entgegnete sie zur Belustigung der Frau.

„Dann will ich Ihnen noch eine geben. Telephonieren Sie an Henrys Angestellten, daß ich meine Absicht geändert habe und heute abend mit ihm speisen werde. Ich habe jenes elende Wesen, Jackson Crayley, in der Stadt getroffen, und er bat mich, zu einer Tasse Kaffee kommen zu dürfen. Er hätte mir etwas Interessantes zu erzählen. Wollen Sie ihn unterhalten und so gut wie möglich loszuwerden versuchen? Sie können ihm sagen, daß ich unerwarteterweise abgerufen worden bin. Ich könnte jetzt einen Abend mit Jackson Crayley nicht vertragen.“

Sie fuhr erst ein Viertel nach sieben Uhr weg. Das Essen sollte um halb acht aufgetragen werden, und Nora, die daran gewöhnt war, allein zu essen, und der die Einsamkeit heute besonders angenehm war, freute sich, als die Tür sich hinter der energischen Frau schloß. Miß Revelstokes letzter Befehl an das Stubenmädchen, den sie in Noras Anwesenheit erteilte, war völlig häuslicher Natur.

„Servieren Sie den Kaffee um acht Uhr im Salon!“ wünschte sie. „Benutzen Sie das Sevresservice, denn Mr. Crayley ist sehr eigen in bezug auf das Porzellan!“

Als das junge Mädchen allein war, nahm sie in aller Ruhe ihre Mahlzeit ein und überdachte nochmals die Ereignisse des Tages. Sie überlegte, ob wohl der Wetter Long von Miß Revelstokes Ausfahrt wüßte, und ob er ihre Abwesenheit benutzte. Sie hoffte, er würde es tun, trotz des Besuches von Jackson Crayley.

Die silberne Uhr auf dem Kaminsims schlug acht, als das Stubenmädchen eintrat.

„Ein Herr wünscht Sie zu sprechen, Fräulein,“ meldete sie.

„Mr. Crayley?“ fragte das Mädchen.

„Nein, Fräulein, ein fremder Herr. Ich erinnere mich nicht, ihn schon gesehen zu haben.

Nora eilte nach dem Salon, um zu erkennen, daß der Besucher auch ihr bekannt war. Er gehörte ihrem Urteil nach der höheren Handwerkerklasse an. Sie glaubte, es wäre einer der Geschäftsleute, die Miß Revelstoke gewöhnlich zu dieser Zeit bestellte, um Irrtümer in den Rechnungen aufzuklären.

„Miß Sanders?“ fragte er mit gewichtigem Tone.

„Ja,“ antwortete sie verwundert, „ich bin Miß Sanders.“

„Ich komme von Inspektor Long, um mit Ihnen, wenn es gestattet ist, über einiges zu sprechen. Ich bin Wachtmeister Smith von der Kriminalabteilung.“

„Ein Detektiv?“ fragte sie erstaunt.

„Das ist mein Beruf, Fräulein.“ Er schaute auf das silberne Tablett und die Kaffeekanne. „Ich will warten, bis Sie Kaffee getrunken haben. Es hat keine Eile.“

Sie zauderte und schaute auf die Uhr. Mr. Crayley konnte jeden Augenblick erscheinen, und die Anwesenheit des von Wetter Long Abgesandten konnte ungelegen sein. Als ob der Mann ihre Gedanken erriet, sagte er:

„Ich werde im Nebenzimmer verschwinden, sobald Sie Besuch erhalten, Fräulein. Ich kann von hier aus sehen, wenn jemand naht.“ Das war richtig, denn vom Salon aus konnte man die Stufen überschauen, die zur Eingangstür führten.

„Vielleicht trinken Sie eine Tasse Kaffe mit, Wachtmeister?“ meinte sie, eine Tasse einschenkend.

Er schüttelte den Kopf.

„Nein, danke, Fräulein.“

Sie schenkte sich selbst eine Tasse ein und wartete, womit er anfangen würde.

„Der Inspektor wünscht, daß ich Sie nach Scotland Yard begleite. Er möchte Sie heute abend noch sehr dringend sprechen.“

Nora kam in Verlegenheit.

„Ich kann unmöglich mitkommen, ich erwarte einen Bekannten von Miß Revelstoke,“ sagte sie. Aber der Mann lächelte.

„Sie brauchen nicht wegen Mr. Crayleys besorgt zu sein, er wird heute abend nicht kommen,“ sagte er zu ihrem Erstaunen.

„Er ist bei Mr. Long.“

„Bei Mr. Long?“ Sie wollte gerade Zucker in den Kaffee tun, als er diese bestürzende Mitteilung machte.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Wo bleibt die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Metallhütten?

Bekanntlich wurde am 1. August für die in den Metallhütten beschäftigten Facharbeiter und Schichter, die nicht im Akkord arbeiten, eine durchschnittliche Zulage pro Kopf und Tag von 45 Groschen durch Schiedsspruch zugesprochen. Die Arbeigeber haben wie gewöhnlich diesen Spruch abgelehnt, und mußte deshalb die Verbindlichkeitserklärung beim Arbeitsministerium in Warschau beantragt werden. Nachdem nun reichlich 5 Wochen seit Fällung des Schiedsspruches verstrichen sind, hat, wie verlautet, das Arbeitsministerium diesen Spruch nicht für allgemein verbindlich erklärt, sondern zur nochmaligen Verhandlung an den Kattowitzer Schlichtungsausschuß zurückverwiesen. Eine recht merkwürdige Handhabung des Interessenapparates gerade derjenigen Arbeiterkategorien gegenüber, welche nicht nur im Lohn am schlechtesten stehen, sondern sich dazu noch ohne zwingende Gründe eine ungewöhnlich lange Arbeitszeit gefallen lassen müssen. Werden die Hüttenarbeiter auch diesen Faustschlag wiederum ohne eine Miene zu verziehen hinnehmen? Dann, da eine Verordnung besteht, daß rückwirkend keine Lohnerhöhung stattfinden darf, ist es ausgeschlossen, daß die betroffenen Arbeiter noch ab 1. August in den Genuß der Zulage gelangen.

Die Arbeitslosen beim Wojewoden

Eine besondere Delegation, bestehend aus vier stellungslosen Mitgliedern der Selbsthilfe-Vereinigung der Arbeitslosen für die Wojewodschaft Schlesien, wurde am vergangenen Sonnabend beim Wojewoden Grazynski vorstellig, um die Erklärung des Wojewoden auf Grund der seinerzeit eingereichten zwei Resolutionen, in denen alle Forderungen der Arbeitslosen festgelegt wurden, entgegenzunehmen. Bezüglich der Versorgung mit Naturalien, und zwar Kartoffeln, Kohle und Holz, für die Winterszeit, bemerkte der Wojewode, daß eine größere Geldsumme (angeblich soll es sich um 3 Millionen Zloty handeln) für die Belieferung mit Kartoffeln usw. der Wojewodschaft zur Verfügung stehen.

Als weitere wichtige Forderung der Erwerbslosen wäre unter anderem die gewünschte Gleichstellung der stellungslosen Kopfarbeiter mit den physischen Arbeitslosen, bezüglich Gewährung der Arbeitslosenunterstützung durch Vereinheitlichung, hervorzuheben. Auch wurde in einer der Resolutionen gefordert, die bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wonach dem stellungslosen Familienoberhaupt eine Unterstützung für Kinder bis zu 16 Jahren gewährt wird, in der Weise auszudehnen, daß die Beihilfe auch für Kinder bis zu 18 Jahren zugebilligt wird, sofern diese Familienangehörigen einer Beschäftigung nicht nachgehen und der Familie demgemäß zur Last fallen. Bezüglich dieser beiden Forderungen bemerkte der Wojewode, daß er eine definitive Antwort zu geben nicht in der Lage sei, da hierüber eine Stellungnahme der juristischen Kommission bei der Regierung in Warschau eingeholt werden muß, bei welcher die Angelegenheit zur Zeit vorliegt.

Um die Erhöhung der Autotaxen

Vom Verband der Autodroschkenbesitzer für die Wojewodschaft Schlesien wird uns geschrieben:

Bezugnehmend auf den oben genannten Artikel der in dieser Zeitung erschien bitten wir um Veröffentlichung folgender Zeilen:

Wie wir das auch schon bereits in den verschiedenen Eingaben an die Behörden begründet haben, sind die Verkehrsverhältnisse in Warschau tatsächlich ganz andere wie bei uns im Industriegebiet, genau so wie sie schon früher auch vor dem Kriege verschieden von Berlin waren, weswegen im Industriegebiet von jeher eine höhere Taxe festgesetzt werden mußte, damit die Autodroschkenbesitzer überhaupt existieren konnten. Die Behauptung, daß in Warschau der Kilometer nur 50 Groschen kostet, ist durchaus irreführend, denn der erste Kilometer kostet auch dort 1.— Zloty, nachts sogar 1,50 Zloty, der laufende Kilometer 75 Groschen nachts, und 50 Groschen am Tage.

In Anbetracht dessen, daß eine Autotaxe in Warschau im Vergleich zu hier sehr viele kurze Fahrten (30 bis 40 täglich) zu fahren hat, und der Verkehr in der Nacht beinahe derselbe ist wie am Tage, so ergibt sich in der Praxis, daß der Warschauer Autodroschkenbesitzer im Durchschnitt für jeden gefahrenen Kilometer 80 Groschen bekommt. Außerdem fährt dort jede Autotaxe im Monat durchschnittlich 4000 Kilometer, was infolge des größeren Umsatzes wesentlich bessere Kalkulationen ermöglicht, wogegen bei uns zu viel Autotaxen zugelassen werden, und daher im Durchschnitt kaum 1000 Kilometer monatlich gefahren wird.

Das Zurückfahren zum Standplatz ist in Warschau nicht nötig, da der dortige Tarif nur für das Stadtgebiet gültig ist und der Droschkenchauffeur dort stehen bleibt, wo der Fahrgast umsteigt, um auf die nächste Fahrt zu warten, also keine Leerkilometer, d. h. nicht bezahlte Kilometer, zu fahren braucht, was jedoch in Kattowitz nicht möglich ist, denn in Gieschewald, Kostuchna oder sonstwo wird sich wohl kaum ein Fahrgast finden, der eine Autotaxe nach Katowice mieten möchte. Der Droschkenchauffeur soll also die Rückfahrt umsonst fahren, d. h. er soll den Kilometer nicht für achtzig Groschen, wie der Tarif vorschreibt, sondern für 40 Groschen fahren. Daß für dieses Geld es unmöglich ist, zu fahren, wird sich jeder Laie nachrechnen können.

Außerdem kostet z. B. Leichtbenzin in Warschau 58 Groschen der Liter, wogegen hier ein Liter von demselben Benzin 80 Groschen und Benzol sogar 90 Groschen kostet. So ähnlich verhält es sich mit allen anderen Artikeln, die zum Auto nötig sind. Trotzdem sind im Lauf des Jahrs 1926 in Warschau laut amtlicher Statistik von 1353 Autotaxen 343 wegen Unrentabilität aus dem Betriebe herausgezogen worden. Von uns wird verlangt, daß wir noch billiger fahren sollen, obwohl wir in der Lage sind, beweisen zu können, daß kein Behördenauto unter 2 Zloty den Kilometer fahren kann. Der Magistrat der Stadt Kattowitz z. B. verlangt bei Fahrten mit dem Sanitätswagen auch nur seine Selbstkosten und trotzdem kostet eine Fahrt nach Königshütte 27.— Zloty,

Was soll das?

Vergangene Woche wurden die Vorstände der Freien Gewerkschaften in Schwientochlowitz zu einer polizeilichen Vernehmung vorgeladen. Der Zweck dieser Vorladung ist recht dunkel. Die Vorgeladenen wurden nach den Namen der Vorstandsmitglieder befragt, sowie auch nach der Adresse des Verbandsangestellten. Sehnt man sich von seiten der Behörden vielleicht nach einem neuen Vereinsgesetz?

Die neue Arbeiterkolonie in Städt.-Janow

In der unmittelbaren Nähe der Arbeiter-Genossenschaftskolonie wird die neue Arbeiterkolonie gebaut. Die Arbeiten schreiten rüstig vorwärts, nach amerikanischer Art. Vierzehn Häuser sind bereits soweit, daß die Zimmerarbeiten beim Dachstuhl in vollem Gange sind. Bei sieben Häusern ragen bereits die Mauern in die Höhe und die Zimmerarbeiten dürften schon nächste Woche in Angriff genommen werden. Bei weiteren vier Häusern werden erst die Fundamente gelegt. Wenn auch die Arbeiten in raschem Tempo geführt werden, so ist es schwer anzunehmen, daß alle 25 Häuser noch in diesem Jahre bewohnt werden können. In jedem Häuschen, sind es zwei Arbeiterwohnungen, bestehend aus zwei Zimmern, Küche, Kammer und Vorzimmer. Die Zimmer sind je mit einem Fenster und dürften nicht allzu groß sein. Immerhin handelt es sich um bequeme und lichte Arbeiterwohnungen. Das Gelände, auf dem die Häuser gebaut werden, ist trocken und liegt etwas höher. Es ist also anzunehmen, daß die Wohnungen trocken sein werden. Mitten darauf erhebt sich eine Halde, die gegenwärtig durch die Armen der Stadt Myslowitz abgetragen wird. Am Sonnabend wurde mit den Abtragungsarbeiten begonnen. Wo jetzt die Halde ragt, werden nächstes Jahr weitere 25 Häuschen gebaut. Auf diese Art wird das brachliegende Gelände vorteilhaft ausgenützt, und nach einigen Jahren wird man dort schmucke Häuschen in kleinen grünen Gärten sehen können.

Bei der neuen Arbeiterkolonie, haben mehr als 250 Arbeiter, meistens bis jetzt Arbeitslose Beschäftigung gefunden. Bei der Abtragung der Halde, werden vom Myslowitzer Magistrat vorläufig nur 30 Arbeitslose beschäftigt. Wohl pulsiert das Leben in der neuen Kolonie und auf der Halde, aber Gesang und das Pfeifen, das man auf Neubauten vor dem Kriege hörte — ertönt nicht mehr. Die Arbeiter sind niedergeschlagen, und aus ihren Augen gafft das Hungergespenst heraus. Die wirtschaftliche Krise liegt ihnen zu sehr in den Knochen, als daß sie lustige Lieder bei der Arbeit singen könnten.

Der Erbauer der Kolonie ist die schlesische Wojewodschaft und der Bauführer ist die Firma Turzanski aus Kattowitz, die seiner Zeit von dem Verband der polnischen Baumeister in der polnischen Presse als eine deutsche Firma verschrien wurde. Als aber herauskam, daß die Häuser in Myslowitz Turzanski und nicht Korn aus Bielitz bauen wird, wurde Herr Turzanski als vorgeschobener Strohmann der Baufirma Korn in Bielitz hingestellt. Tatsächlich ist Turzanski eine polnische Firma, die mit der Baufirma Korn in Bielitz höchstens so viel zu tun hat, daß auch die Baufirma Korn in Bielitz 50 Arbeiterhäuser bauen wird, bezw. bereits in Schwientochlowitz baut. Korn und Turzanski haben sich verpflichtet die Arbeiterhäuser mit Stallungen, Schuppen und Gärten zu je 12 500 Zloty das Haus fertigzustellen.

Aus der Plesser Krankenkasse

In der Plesser Krankenkasse hat bekanntlich eine Mißwirtschaft eingerissen. Nicht nur allein, daß in der Verwaltung und im Magazin arge Unordnung herrschte, aber die Interessenten wurden rücksichtslos behandelt und mit Geldstrafen willkürlich belegt. Eine Antwort auf das an die Krankenkasse gerichtetes Schreiben wurde vergebens erwartet. Beschwerden wurden nicht erledigt bis endlich die Starostei eingreifen mußte. Der frühere Kassendirektor, ein gewisser Roy, wurde seines Amtes enthoben. Weiter wurden Schritte eingeleitet, um den Vorstandsvorsitzenden Herrn Grobelny zu beseitigen, weil er mit Herrn Roy durch dick und dünn geht. Beide Herrn haben sich als Anhänger des Herrn Korfanty und Gegner der Sanacja moralna entpuppt. Das ist schließlich einzusehen, weil der Starost Dr. Schlalinski, der den Roy enthoben hat, sich offen zu der Sanacja movalna bekennt. Daß sich die „Polonia“ dieser beiden Herren annimmt, erscheint begreiflich, nur unbegreiflich erscheinen die Methoden, die sie dabei anwendet um die beiden reinzuwaschen. Sie behauptet ganz einfach, daß Roy und Grobelny, Opfer eines deutschen Intrigenspieles geworden sind. Beide sollen große polnische Patrioten sein, weshalb die Direktion der Fürstlich-Plessischen-Verwaltung durch ihre Beamten, Petzold und Burkart so lange die Fäden um Roy und Grobelny gesponnen hat, bis sie eingefangen wurden. Die Direktion hatte noch die Ausdehnung der Kasse im Auge und fürchtete ihre Konkurrenz für das deutsche Johanniterspital in Pleß, daß nach der „Polonia“ ein Germanisierungsinstitut sein soll, und hat daher den Herrn Roy besonders angekämpft. Die „Polonia versteht gut zu drehen, darin ist sie bereits eine Meisterin geworden. Tatsache ist, daß es sich in der Plesser Krankenkasse um einen unfähigen Leiter gehandelt hat, der auf diesen Posten nicht paßte. Gegen Herr Roy haben vor allem die Polen angekämpft und nicht die Deutschen. Sein größter Gegner war der Leiter der Polnischen Berufsvereinigung Karuga, aus Goczalkowitz, der von den Mitgliedern seines Verbandes zum Vorgehen gegen die Wirtschaft in der Kasse gedrängt wurde. Herr Karuga, ist gleichzeitig Mitglied des Westmarkenverbandes, Mitglied des Aufständischenverbandes und kann unmöglich als „Werkzeug“ in den Händen der Deutschen hingestellt werden. Schließlich war der ganze Ausschuß der Krankenkasse gegen die Mißwirtschaft in der Verwaltung gewesen, und hat der Beseitigung der vorerwähnten Herrn aus der Verwaltung zugestimmt.

Verschobene Feierlichkeiten

Am 17. September sollte der Staatspräsident in Begleitung des Marschalls Pilsudski in Oberschlesien eintreffen, um an der Eröffnung der Kattowitzer Ausstellung, der Einweihung des Aufständischen-Denkmals, sowie des Stadions in Königshütte und gleichfalls an der Einweihung des Denkmals für den Staatspräsidenten Narutowicz in Bielitz, teilzunehmen. Nun wird berichtet, daß der Staatspräsident nicht am 17. September, sondern 8 Tage später in Oberschlesien eintreffen wird und zwar auf eine Eingabe des Bielitzer Komitees zum Bau des Narutowicz-Denkmals. Aus diesem Grunde werden alle geplanten Eröffnungen und Einweihungen wahrscheinlich vertagt.

Die Schlacht in Maciejkowice

Die Ortsgruppe Maciejkowice der Schlesischen Aufständischen veranstaltete vor kurzem eine Versammlung mit einem anschließenden Vergnügen. Bei dieser Veranstaltung ging es sehr bewegt zu, denn mehrere Teilnehmer traten den Heimweg mit blutigen Köpfen an. Ein Polizeibeamter, Boleslaw Szlus, der die erregten Gemüter zu beruhigen versuchte, kam übel davon, denn schwer verletzt mußte er sich in ärztliche Behandlung begeben. Erst nachher gelang es einem verstärkten Polizeiaufgebot Porzondek zu schaffen. 13 der Hauptmissetäter sollen hinter Schloß und Riegel gebracht worden sein.

Bürgermeister Dubiel berichtigt.

Do

Redakcji „Volkswille“
w Katowicach
ul. Kościuszki 29.

Na podstawie § 11 ustawy prasowej proszę o zamieszczenie w najbliższym numerze tamt. pisma następującego sprostowania wiadomości podanych w artykule „Der verprügelte Bürgermeister“ w nr. 201 z dnia 3. września br.:

1. Nieprawdą jest, jakobym wracając w wczesnych godzinach rannych z uroczystości powitania garnizonu Królewskohuckiego został przez kogokolwiek pobity na ul. Wolności.

2. Prawdą natomiast jest, że we wtorek, dnia 30. siernpia br. zostałem o godzinie ½4-tej po południu zaczepiony na ul. Wolności przez podchmielonych łobuzów.

Dubiel, burmistrz.

Kattowitz und Umgebung

Wichtig für Arbeitslose! Am 7. d. Mts. findet im Saale Powstancow (Reichshallen) in Kattowitz, Plac Wolnosci, um 10 Uhr vormittags, eine große Versammlung der Stellungslosen der Stadt Kattowitz statt. Die Versammlung wird durch den Hauptvorstand der Stellungslosen-Selbsthilfevereinigung für die Wojewodschaft Schlesien geleitet. Infolge der sehr wichtigen Punkte, welche auf der Tagesordnung sind, laden wir hiermit alle Arbeitslosen der Stadt Kattowitz ein. Zutritt zu der Versammlung haben nur Arbeitslose der Stadt Kattowitz, weshalb Legitimationen des U. P. P. mitzubringen sind. Arbeitslose aus anderen Ortschaften haben keinen Zutritt.

Von der Preisprüfungskommission. Ab Mittwoch, den 7. d. Mts., vormittags 12 Uhr, gelten nachstehende Verkaufspreise für Speck. Im Laden: 1 Pfund grüner Speck 1. Sorte von 240 auf 230, 2. Sorte von 230 auf 220, am Markte: grüner Speck 1. Sorte von 240 auf 230, 2. Sorte von 230 auf 220 Groschen.

Die Fleischwaren werden billiger. Auf der letzten Sitzung der Preisprüfungskommission in Kattowitz wurden folgende Preisänderungen für Fleischwaren getroffen und zwar: Im Laden: Rindfleisch 1. Sorte von 160 auf 150 2. Sorte von 140 auf 130, Schweinefleisch 1. Sorte von 200 auf 190, 2. Sorte von 180 auf 170 Groschen, ferner am Markte: Rindfleisch 1. Sorte von 150 auf 140, 2. Sorte von 130 auf 120, Schweinefleisch 1. Sorte von 190 auf 180, 2. Sorte von 170 auf 160 Groschen.

Um einen Groschen billiger. Nach einem Beschluß des Magistrats in Kattowitz sind Höchstpreise für nachstehende Artikel des täglichen Bedarfs herabgesetzt worden: Weizengrieß von 58 auf 57, Roggenmehl von 37 auf 36, Schrotbrot von 27 auf 26, 70proz. Roggenmehl von 34 auf 33, 65proz. Roggenmehl von 35 auf 34 sowie Kartoffeln (pro Pfund) von 8 auf 7 Groschen. Obige Preise gelten ab Mittwoch, den 7. September d. Js., vormittags 12 Uhr. Eine Ueberschreitung dieser wird streng bestraft.

Anlegung einer Bierhalle. Seit etwa 14 Tagen wird unmittelbar an dem Südpark-Restaurant durch die Baufirma Widuch im Auftrage der Brauerei Tichau eine geräumige Bierhalle aufgestellt, welcher pachtweise nach Vereinbarung mit dem Gastwirt Noglik die Konzession für eine bestimmte Zeit abgetreten wurde. Die Halle wird ein Ausmaß von 14 Meter Länge, 9 Meter Breite und 9 Meter Höhe aufweisen. Im Parterreraum wird sich der Ausschank, dagegen die Restauration im oberen Stockwerk befinden. Die Küche wiederum wird im Turmbau untergebracht. Eine überdeckte Kolonade in einer Länge von 150 Meter und 6 Meter Breite wird überdies anschließend an die Bierhalle auf dem freien Platz nach der Ausstellungshalle zu, geschaffen. Mit der Errichtung der Kolonade, welche bis Ende dieser Woche beendet werden sein soll, ist die Baufirma Schalscha betraut worden. Die gesamten Baunkosten für die Halle betragen etwa 30 000 Zloty. Die Fertigstellung wird nicht lange auf sich warten lassen, da der Bierausschank speziell während der Ausstellung vor sich gehen soll, um den großen Zustrom der Gäste zu bewältigen.

Entgleiste Güterwaggons. Auf der Eisenbahnlinie Kattowitz—Orzesche entgleisten mehrere Güterwaggons, die alle schwer beschädigt wurden. Glücklicherweise ist an Menschenopfern nichts zu beklagen. Erst nach mehreren Stunden konnte der Verkehr auf dieser Strecke wieder aufgenommen werden.

Vom Auto überfahren. In der Nähe der Kammer-Lichtspiele in Kattowitz geriet der 13jährige Georg Wolny, wohnhaft auf der Grundmannstraße, unter das Personenauto Sl. 1409 und erlitt schwere Verletzungen. Der Knabe wurde sofort nach dem Unfall in das städtische Krankenhaus überführt. Die Schuld an dem Unfall soll der Chauffeur tragen, welcher in schnellem Tempo davonfuhr. Die weiteren Ermittelungen sind im Gange. — Ein zweiter Autounfall wird aus Zawodzie gemeldet, woselbst der dreijährige

Knabe Alois Wieduch von dem Personenauto K. L. 1928 angefahren wurde. Dem Kinde wurde der Fuß gebrochen. Nach Erteilung der ersten Hilfe im Barmherzigen Brüderkloster in Bogutschütz schaffte man das Kind in das Knappschaftslazarett in Kattowitz. Auch in diesem Falle sind Schritte eingeleitet worden, um die Schuldfrage festzustellen.

Vom städtischen Fundbüro. Als gefunden abgeliefert wurde im städtischen Fundbüro in Kattowitz, Mühlstraße 4, eine Kinder-Handtasche mit Inhalt. Weiterhin können dortselbst verschiedene, wichtige Dokumente, ausgestellt auf den Namen des Maurers Paul Brychlik aus der Ortschaft Piassek im Kreise Pleß abgeholt werden.

Eine gewiegte Einbrecherbande. Ein frecher Einbruchsdiebstahl wurde in die Altwarenhandlung Altmann auf der Holteistraße in Kattowitz in der vergangenen Sonntags-Nacht von unbekannten Tätern verübt. Die Einbrecher gelangten aus dem Keller in das Geschäft und alsdann in das Kleiderlager, woselbst sie eine Geldkassette sowie verschiedene Waren entwendeten. Der Schaden konnte bisher nicht beziffert werden. Verschiedene Kleidungsstücke sowie Einbrecherwerkzeug ließen die Täter am Tatort zurück, um ungehindert verschwinden zu können. Die polizeilichen Ermittelungen nach den Spitzbuben sind im Gange.

Königshütte und Umgebung

Der Versicherungsmarken-Schwindel

In der Fälschungsangelegenheit der Sozialversicherungsmarken in Königshütte hat der Vorstand der Versicherungsanstalt eine Bekanntmachung erlassen, in der erklärt wird, daß die durch die Markenfälschung entstandenen Verluste ausschließlich von den Arbeitgebern bezw. von den Versicherten zu tragen sind, die sich gefälschter Marken bedient haben. Die Versicherungsanstalt beschäftigt sich augenblicklich mit der Prüfung der in die Versicherungskarten eingeklebten Marken. Von den Schuldigen wird der doppelte Versicherungsbeitrag verlangt. Außerdem werden sie zur gerichtlichen Verantwortung herangezogen.

Geschichtliche Erinnerungen im Monat September. Am 10. September 1907 wurde die Königshütte vom Minister für öffentliche Arbeiten besichtigt. Für die damalige Zeit ein großes Ereignis. — Im September 1903 wurde der neue 1750 Kubikmeter fassende Wasserturm an der Beuthenerstraße in Betrieb gesetzt. Die Eisenkonstruktion führte die Brückenbauanstalt der Königshütte aus. — Am 14. September 1902 fand die 100jährige Jubiläumsfeier der Vereinigten Königs- und Laurahütte statt. Die Jubelfeier wurde unter außergewöhnlich starker Beteiligung der Einwohner und vieler Auswärtiger begangen. Ein selten gesehener Festumzug bewegte sich durch die Straßen der Stadt nach dem Redenberge. Daselbst entwickelte sich ein Volksfest. Die Beamten und die Arbeiterschaft wurde reichlich mit Wurst, Semmeln, Bier und Zigarren bewirtet, so wie mit Jubiläumuhren und Geldgeschenken bedacht. Bei Konzert und Tanz blieben die Teilnehmer bis in die späten Nachtstunden zusammen. — Im September 1904 veranstaltete der Gartenbauverein Oberschlesiens im Stadtpark (Redenberg) eine Ausstellung. Dieselbe war vorzüglich gelungen, denn trotz der ungünstigen Witterung waren viele auswärtige Aussteller erschienen. Die Stadt hatte dem Gartenbauverein den Ausstellungspark und die Gebäude zur Verfügung gestellt, einen Zuschuß von 300 Mark bewilligt und zwei Ehrenpreise (goldene Medaillen) gestiftet. — Am 14. September 1902 fand unter starker Beteiligung der Bevölkerung und der hiesigen Vereine das 1. Volksspielfest auf dem Redenberge statt.

Der vollständige Vorberatungsausschuß. Nachdem nun die zu unbesoldeten Stadträten gewählten Mitglieder des Vorbereitungsausschusses ausgeschieden sind und Ersatzwahlen für diese getätigt wurden, setzt sich der Vorberatungsausschuß endgültig wie folgt zusammen: Strozyk Josef, ul. Konopnickiej 9, Goldmann Wilhelm, ul. Bytomska 50, Mayer Kurt, ul. Bytomska 17, Masurek Karl, ul. Kazimierza 4, Schindler Richard, ul. Kopernika 4, Gawlik Thomas, Plac Mickiewicza, Hadamik Paul, ul. Wolnosci 55, Kulessa Peter, ul. Mickiewicza 52, Königsfeld Heinrich, ul. Koscielna 13, Lubina Josef, ul. Katowicka 50, Rumpfeld Viktor, ul. 3. Maja 30, Stawski Johann, ul. Wolnosci 24, Sliwa Gregor, ul. Styczynskiego 58, Kaczkowski Leschek, Rynek 1, Fus Josef, ul. Wolnosci 82, Zawiaza Klemens, ul. Chrobrego 20.

Polnischer Sprachunterricht. Der vom Bund für Arbeiterbildung veranstaltete polnische Sprachunterricht, der während der Ferien ausgesetzt wurde, nimmt Mittwoch, den 7. d. Mts. wieder seinen Anfang. Hierauf werden sämtliche Schüler aufmerksam gemacht; der Unterricht findet wie früher in der Schule 2 ul. 3. Maja statt. Bereits fortgeschrittene Interessenten können sich noch anmelden, und zwar im angegebenen Lokal abends 7 Uhr.

Selbstmordversuch eines Polizeibeamten. In den Nachmittagsstunden des vergangenen Sonntags versuchte der 30 Jahre alte Polizeibeamte Sitko durch Erschießen seinem Leben ein Ende zu bereiten. Sitko schoß sich mit seinem Dienstrevolver in die Schläfe. In besinnungslosem Zustande wurde er nach dem städtischen Krankenhaus überführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Die Ursache zu der Tat ist in erbschaftlichen Angelegenheiten zu suchen.

Siemianowitz

Kleine Ursachen, große Wirkungen!

Dieser Satz gilt besonders für die Blutvergiftungen, die sich bekanntlich aus kleinsten, oberflächlichen und meist gar nicht beachteten Rißwunden oder Splitterverletzungen entwickeln können. Nicht nur hohes Fieber, Schmerzen, Vereiterung, Versteifung oder Verlust ganzer Glieder sind die Folgen, häufig genug muß der Kranke seine Unachtsamkeit mit dem Tode bezahlen. Und doch kann durch zweckmäßiges Verhalten gerade die Blutvergiftung in vielen Fällen verhütet werden. Es ist daher zu beachten:

Wunden nicht berühren.

Wunden nicht auswaschen, auch die schmutzigste nicht. Auswaschen mit Wundwässern wie Karbol, Sublimatlösung, Bleiwasser und essigsaurer Tonerde schadet.

Abgequetschte Teile, Hautfetzen, hängende Fingernägel nicht abreißen oder abschneiden, Blutgerinsel nicht abwaschen; eingedrungene Splitter oder Fremdkörper nicht selbst entfernen. Etwa aus der Wunde vorstehende Knochenteile, Sehnen oder Eingeweide nicht berühren oder gar zurückzubringen versuchen.

Niemals Heftpflaster, Watte, Putzwolle, altes Leinen oder gar ein Taschentuch auf die Wunde legen.

Niemals nach dem Rate „weiser“ Frauen frische Wunden in Seifenwasser baden; Lehm, Spinnweb, Kuhmist, Kartoffelbrei oder dergl. auf die Wunde legen. Solches Verhalten kann tödliche Folgen haben!

Jeder, auch der kleinsten Wunde Beachtung schenken.

Oberflächliche Wunden werden zweckmäßig mit Jodtinktur betupft, dann mit keimfreiem Verbandsstoff bedeckt und mit Heftpflaster befestigt. Mit größeren Wunden möglichst sofort zum Arzt gehen, evtl. vorher die Umgebung der Wunde mit Jodtinktur bestreichen.

Geht rechtzeitig zum Arzt! Wenn eine Wunde in den der Verletzung folgenden Stunden stärkere Schmerzen als vorher verursacht, oder wenn die Umgebung der Wunde zu brennen anfängt, oder Schwellung bezw. Klopfen eintritt, oder wenn die Umgebung der Wunde sich rötet, dann heißt es: sofort zum Arzt gehen! Zeigen sich aber Anschwellen der Drüsen, Fieber, Mattigkeit und rote Stränge, die von der Wunde ausgehen, dann ist keine Zeit zu verlieren und der Arzt unter allen Umständen auch mitten in der Nacht, aufzusuchen.

Fürchtet euch nicht vor dem Arzte! Glaubt nicht, daß er „gern schneidet“ oder „gleich schneidet“. Der Arzt schneidet nur, wenn er muß, und ein rechtzeitiges ärztliches Eingreifen kann euch vor dem Tode erretten.

Habt Vertrauen zum Arzt und fürchtet euch nicht vor Schmerzen. Der heutige Stand der ärztlichen Kunst läßt fast jegliches Eingreifen schmerzlos gestalten.

Bittkow. (Prügelei mit blutigem Ausgang.) Im Gajcerschen Lokal fand am Sonnabend ein Vergnügen statt; anfangs ging es friedlich zu, doch in den späteren Stunden machte sich der Schnapsgenuß allmählich bemerkbar und es dauerte auch nicht lange, da ging die Prügelei los. Zwei anwesende Polizeibeamten versuchten, Frieden zu stiften, aber vergeblich. Im Gegenteil warfen sich die Prügelnden auf beide Beamten, die jetzt von ihren Dienstwaffen Gebrauch machen mußten. Dabei ist einer der Aventurnisten namens Kucja am Kopf bedenklich verwundet worden. Der Ausgang dieser Rauferei bedeutete den Abbruch dieses Vergnügens, welche noch für manche der Teilnehmer ein gerichtliches Nachspiel haben dürfte.

Myslowitz

Registrierung der Heerespflichtigen. Der Magistrat Myslowitz erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des Artikels 20 der Gesetze vom 23. Mai 1924 sowie des Dz. U. Nr. 61 Pos. 609-27 über die allgemeine Heerespflicht und der Paragraphen 127 und 133 der Ausf.-Bestimmungen zu diesem Gesetz fordert der Magistrat alle in Myslowitz sowie den angegliederten Ortschaften wohnhaften, im Jahre 1909 geborenen männlichen Personen zur Anmeldung im Rathaus, Zimmer Nr. 18, zwecks Einschreibung in die Stammrolle und zwar in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober 1927, auf. Der Anmeldungspflicht unterliegen alle im Jahre 1909 geborenen männlichen Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht bekannt ist und sich durch Dokumente nicht ausweisen können, daß sie eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen. Die sich zur Registrierung Anmeldenden haben ihre Geburtsurkunde und die Legitimation bezw. Personenausweis vorzulegen. Die Nichterfüllung der Anmeldungsfrist ohne hinreichenden Grund unterliegt gemäß Artikel 87 des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht einer Geldstrafe bis zu 500 Zloty oder Arrest bis zu 6 Wochen evtl. diesen beiden Strafen zusammen.

Nickischschacht-Gieschewald. Am Sonntag, den 4. September, fand hier eine außergewöhnliche Mitglieder-Versammlung statt. Als Referent erschien Gewerkschaftssekretär Peschka vom Afabund, welcher in einem einstündigen Vortrag die Ziele und Aufgaben der Betriebsräte nach den wichtigsten Paragraphen des Betriebsrätegesetzes den Versammelten klar legte. Dazu gab Betriebsrat D. einige Erklärungen über die Handhabung des Betriebsrätegesetzes auf den Gieschegruben. Eine Diskussion zu diesem Vortrag erachteten die Versammelten nicht für notwendig, so daß zum zweiten Punkt, Bericht über den letzten allgemeinen Kongreß, erstattet wurde, wo anbei eine längere Diskussion stattfand. Punkt 3: Stellungnahme nebst Aufstellung der Kandidatenliste zu den Betriebsratswahlen für die Gieschegruben nahm eine längere Zeit in Anspruch, weil es zu einer längeren Aussprache kam, infolge eines eingegangenen offenen Briefes vom W. Z. Z. w Polce ohne Unterschriften, zwecks Aufstellung einer Einheitsliste mit dem Bergarbeiter-Verband zu den Betriebsratswahlen. Dies wurde natürlich abgelehnt, weil man bei den früheren Wahlen gerade in den Kreisen der Einheitsfrontler von so einer Liste nichts wissen wollte. Zu diesem offenen Brief werden wir noch ausführlicher Stellung nehmen. Was die Wahlen anbelangt, einigte man sich mit einem Vorschlag, den Spitzenkandidaten zu wählen und die Aufstellung der weiteren Kandidaten dem Vorstand zu überlassen. Vorgeschlagen und einstimmig angenommen wurde Betriebsrat Denkowski als Spitzenkandidat. Unter Verschiedenes wurde das 30jährige Bestehen des Bergarbeiterverbandes in Oberschlesien angeregt, anbei auch das Winterprogramm des Bundes für Arbeiterbildung, welches bei der nächsten Vorstandssitzung ausgearbeitet wird. Nach 2½stündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Wie die Tage abnehmen. Seit dem höchsten Stand vom 20. Juni haben die Tage schon wieder merklich abgenommen. Am genannten Tage war die Sonne 3 Uhr 39 Minuten aufgegangen und 20 Uhr 24 Minuten untergegangen. Die Tageslänge hatte bis zum 31. Juli schon um eine Stunde 12 Minuten abgenommen; die Sonne ging am letzten Juli 4 Uhr 19 Minuten auf und 19 Uhr 52 Minuten unter. Etwas rascher verkürzte sich der Tag schon im August. In diesem Monat machte die Verkürzung eine Stunde 53 Minuten aus. Die Sonne kam am 31. August 5 Uhr 10 Minuten hervor und ging 18 Uhr 50 Minuten unter. Am 30. September fällt der Sonnenaufgang auf 6 Uhr, der Sonnenuntergang auf 17 Uhr 39 Minuten; die Verkürzung der Tageslänge macht im September zwei Stunden eine Minute aus. Mit zwei Stunden drei Minuten Verkürzung erreicht dann der Oktober den Höhepunkt. Am 31. Oktober geht die Sonne 6 Uhr 55 Minuten auf, und sie geht 16 Uhr 31 Minuten unter. Am 30. November fällt der Aufgang der Sonne auf 7 Uhr 48 Minuten, der Untergang auf 15 Uhr 49 Minuten. Im Dezember tritt dann nur noch eine Verkürzung der Tageslänge um 27 Minuten ein. Am 21. Dezember wird die Sonne 8 Uhr 11 Minuten aufgehen und 15 Uhr 45 Minuten versinken. Die Sonne hat uns geleuchtet 16 Stunden 45 Minuten am 20. Juni, 16 Stunden 42 Minuten am 30. Juni, 15 Stunden 33 Minuten am 31. Juli und 13 Stunden 40 Minuten am 31. August; sie wird scheinen 11 Stunden 39 Minuten am 30. September, 9 Stunden 36 Minuten am 31. Oktober, acht Stunden eine Minute am 30. November und sieben Stunden 34 Minuten am 21. Dezember. Gegenüber dem höchsten Stand vom 20. Juni bedeutet das eine Verkürzung der Tageslänge um 9 Stunden 11 Minuten.

Börsenkurse vom 6. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.95 zł
		frei	=	8.96 zł
Berlin	100 zł		=	46.882 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.30 zł
	1 Dollar		=	8.95 zł
	100 zł		=	46.882 Rmk.

Rybnik und Umgebung

In Abwesenheit. Die Strafkammer in Rybnik befaßte sich in der letzten Sitzung mit zwei Fällen von Grenzvergehen. Zunächst war der Gemüsehändler Paul Zdralek aus Ratibor wegen unerlaubter Geldausfuhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt. Bei der Zollrevision in Summin wurden bei ihm 130 Zloty vorgefunden, die beschlagnahmt wurden. Dabei leistete der Angeklagte Widerstand und mußte verhaftet werden. Gegen eine Kaution von 2000 Zloty wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Da Z. zur Verhandlung nicht erschienen war, so wurde die Kaution als Strafe für die Vergehen beschlagnahmt, ebenso auch der Betrag von 130 Zloty. In der zweiten Sache hatte die Gemüsehändlerin Bialdyga aus Ratibor 154 Zloty über die Grenze bringen wollen. Das Gericht konnte nur die Beschlagnahme des Geldes bestätigen.

Rydultau. (Entlassung an der Minderheitsschule.) Die Lehrerin Kurek aus Rydultau ist ab 1. September von der Wojewodschaft entlassen worden. Ein Nachfolger ist bis jetzt noch nicht erschienen. Der an der polnischen Schule amtierende Lehrer Glombitza wird hierfür wenig in Frage kommen, da er nicht der Minderheit angehören dürfte. — Nach der Schließung der Czernowitzer Minderheitsschule wird Lehrer Widuch voraussichtlich Nachfolger des in Czuchow entlassenen Lehrers Horand werden. Die Minderheitsschulen in Pschow, Niewiadom und Hohenbirken bleiben unverändert weiterbestehen.

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 — **Breslau Welle 322,6.**

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 7. September 1927. 16,30—18: Tschaikowsky-Reger. 18: Abt. Himmelskunde. 18,50: Mitteilungen des Arbeiter-Radiobundes Deutschlands e. V. Bezirksgruppe Breslau. 19—19,30: Hans-Bredow-Schule: Abt. Sprachkunde. 19,35—20,05: Abt. Literatur. 20.15: Ein besserer Herr. Lustspiel in zwei Teilen

Oppeln. (Der Sturm der Landesschützen und Stahlhelmer.) Die Abg. Kasper, Eberlein und Schwenk haben folgende kleine Anfrage Nr. 1805 im preußischen Landtag eingebracht: In der Nacht vom 20. zum 21. August 1927 wurden die Einwohner der Gemeinde Tempelhof, Kreis Oppeln, durch eine rasende Schießerei um die Mitternachtsstunde aus dem Schlafe geschreckt. Alles sprang aus den Betten, Männer, Frauen und Kinder liefen auf die Straßen, um zu sehen, was in der stockdunklen Nacht los sei. Das Schießen kam immer näher, bald war das ganze Dorf von den Schützen umzingelt. Die Schießerei wurde immer heftiger, Frauen und Kinder fingen an zu schreien und ein großer Teil der Bevölkerung glaubte, es handele sich um einen Putsch oder einen Ueberfall auf das Dorf wie aus der Zeit der Aufstände. Die männlichen Dorfbewohner eilten zum Gemeindevorsteher, um sich zu bewaffnen und zur Wehr zu setzen und als dieser in Oppeln polizeiliche Hilfe anforderte, erfuhren die Dorfbewohner, daß Landesschützen und Stahlhelm einen nächtlichen Sturmangriff auf das Dorf übten! Die herbeigerufene Schupo, die dem Schießen ein Ende bereiten sollte, kam nicht, weil der Amtsvorsteher von Zbitzko diese Uebung erlaubt haben soll. Auch soll der Förster von Tempelhof hiervon unterrichtet gewesen sein. Dieser Vorfall hat begreiflicherweise eine ungeheure Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Wir fragen: 1. Ist dem Staatsministerium dieser Vorgang bekannt und ist es bereit, sofort eine eingehende Untersuchung dieses Vorfalles einzuleiten und die Beamten, die von dieser Uebung wußten, ohne dagegen einzuschreiten, sofort ihres Postens zu entheben? 2. Welche Maßnahmen gedenkt das Staatsministerium einzuleiten, um den Landesschützen und Stahlhelmleuten die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abzunehmen? — Wie man aus dieser Anfrage ersieht, scheint es in Deutsch-Oberschlesien nicht viel besser zu sein als hier in Polnisch-Oberschlesien. Drüben die und hier die Aufständischen.

Die Wahlen in Jugoslawien

von J. Topalovitch.

Am 11. September ist in Jugoslawien wieder ein Wahltag. Das vor zwei Jahren gewählte Parlament hätte eigentlich noch eine Amtsdauer von zwei Jahren und verfügte sogar über genug parlamentarische Kräfte, um eine Regierungsmehrheit aus sich zu bilden. Es wurde jedoch durch die von der Minderheit gebildete Regierung aufgelöst. Diese Regierung führt die Wahlen durch, in der Absicht, sich jedenfalls die Mehrheit zu verschaffen. Die Regierungsvertreter erklären sogar in aller Oeffentlichkeit, daß sie, wenn sie diesmal die Mehrheit nicht erobern sollten, sofort neue Wahlen ausschreiben werden. Der reaktionäre Kurs, der das junge Königreich seit vier Jahren ununterbrochen beherrscht, entwickelt sich und festigt sich.

Der jugoslawische Staat entstand im Zeichen der Vollendung der großen nationalen Revolution, die zugleich ein Anwachsen der demokratischen Kräfte mit sich brachte. Trotzdem die Gründung dieses Staats als Folge eines Krieges und unter der Führung eines Militärkönigtums vor sich ging, war das Anwachsen des Einflusses der Demokratischen Tendenzen, besonders der Bauern und der Arbeiter im Anfang so groß, daß der neue Staat viel demokratische Grundlagen erhielt, als sie früher in den zersplitterten Zrowinzen bestanden. Die neue Verfassung brachte wohl eine militärische Monarchie, aber zu gleicher Zeit ein Parlament auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für alle männlichen Bürger unter ausdrücklicher Betonung, daß die Monarchie eine parlamentarische sein muß. Ein Oberhaus bestand nicht. Neben dem Parlament war ein Wirtschaftsrat vorgesehen und eine besondere Arbeiterschutzgesetzgebung mit einer besonderen Klausel über die Koalitionsfreiheit verfassungsmäßig garantiert. Auch die Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit war verfassungsmäßig verankert, wenngleich die Durchführung dieser Prinzipien der Gesetzgebung überlassen war. Ebenso war eine ziemlich weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden, Provinzen und Bezirke vorgesehen. Die erste gesetzgebende Körperschaft schuf neben dieser Verfassung auch eine Reihe von Arbeiterschutzgesetzen, darunter eines über die gesetzliche Arbeitswoche von 48 Stunden, die einen großen sozialen Fortschritt bedeuteten. Es sei hinzugefügt, daß die Arbeitervertreter in der ersten Legislative ein Viertel des Parlamentes besetzten.

Aber die weitere Entwicklung des Königreiches ging nicht den erwarteten demokratischen Weg, sondern im genau entgegengesetzten Sinne. Das erste Unglück war das, daß ich die Arbeiterklasse, zu jener Zeit die rührigste und am besten organisierte Schichte der städtischen Bevölkerung, in ihrer großen Mehrheit von der Festigung und Wahrung der Demokratie abwandte. Die große Mehrheit dieser Klasse stellte sich auf die Seite des Bolschewismus, der wie in Bulgarien durch die Nachbarschaft von Sowjetrußland und Sowjetungarn begünstigt und die furchtbaren Zustände infolge der lange dauernden Kriege am Balkan ausnützend, ein leichtes Spiel hatte, die Mehrheit der hungrigen und obdachlosen Arbeiter auch in Jugoslawien für sich zu gewinnen. Die kommunistische Gewaltpolitik lief aber darauf hinaus, der Militärmonarchie in die Hände zu arbeiten.

Die Durchführung der Agrarreform in großem Maßstabe, brachte mehrere hunderttausende besitzlose Landarbeiter und Pächter zu Grundbesitz. Diese große soziale Umschichtung, eine wirkliche soziale Revolutoin im Osten, war gebunden an die Militärmonarchie. Es ist eine unverkennbare Tatsache, daß der republikanische Gedanke gar keinen Boden unter der Landbevölkerung Jugoslaviens fassen kann und daß ihn sogar die kroatische Bauernpartei unter der Führung von Raditsch leicht aufgeben konnte. Der Grund dafür ist die geschichtliche Tatsache, daß die Schaffung des nationalen Staates einerseits und die Durchführung der Agrarreform andererseits, zwei großartige Schöpfungen, die das Herz der Bauernmassen am tiefsten ergriffen haben, für das Bewußtsein dieser Massen mit dem Bestehen eines Königshauses verknüpft sind. Die Tatsache aber, daß zwischen der großen Bauernmasse, die über zwei Millionen Wähler verfügt, und den rebellierenden Arbeitern in den Städten, deren Wählerzahl kaum ein Zehntel davon ausmacht, durch die Agrarreform eine trennende Mauer aufgerichtet wurde, war entscheidend für die politische Entwicklung des Landes. Unter dem Beifall der gesamten Bourgeoisie und bei vollständiger Gleichgültigkeit der Bauernmassen konnte der immer mehr erstarkende polizeiliche Apparat des Staates die städtische Arbeiterschaft niederhalten.

Die kommunistischen Organisationen wurden durch Verordnung des Polizeiministers aufgelöst. Als die Kommunisten dies mit einem Bombenwurf gegen den König beantworteten, beschloß die bürgerliche Mehrheit des Parlaments ein Gesetz zum Schutze des Staates, das die Kommunisten ihrer Parlamentsmandate beraubte und ihre Partei illegal machte. Die kommunistische Bewegung zeigte sich der Macht des Staatsapparates in keiner Weise gewachsen. Ihre Niederlage und mit ihr die Niederlage der Arbeiterklasse war so vollkommen, daß sie diese Klasse weitgehend demoralisierte und in ihr jeden Glauben an den Wert des Klassenkämpfers zerstörte. Ihrer Uebermacht vollständig sicher, konnten die bürgerlichen Regierungen die weitere Existenz der kommunistischen Bewegung zulassen, zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Entwicklung und die Konsolidierung der sozialistischen Bewegung dadurch zu hemmen. So kandidiert z. B. die kommunistische Partei bei diesen Wahlen fast in allen Wahlbezirken, ganz besonders aber in denen, wo ein sozialistischer Wahlerfolg dadurch verhindert werden kann. Aber eine Tatsache bleibt unbestritten; unter der Führung der Kommunisten, die sie vom demokratischen Wege abbrachte, hat die jugoslawische Arbeiterklasse eine schwere Niederlage erlitten und für eine geraume Zeit aufgehört, im politischen Leben des Landes irgend eine größere Rolle zu spielen. Die Mehrheit der früheren kommunistischen Wähler will auch vom Sozialismus nichts mehr wissen, sondern ist direkt zu den bürgerlichen Parteien übergegangen.

Die Methode der Gewalt ohne Rücksicht auf die demokratischen Vorschriften der Verfassung, die nun einmal als gute Regierungsmethode anerkannt und gebilligt war, konnte nicht mehr beseitigt werden. Sie richtete sich wohl zunächst gegen die Arbeiter und wurde deshalb von den Bürgerlichen gebilligt. Aber in dem die Gewalt in Funktion blieb, kam sie auch gegen andere zur Anwendung.

Zunächst wurde durch dieselbe Methode die kroatische Bauernbewegung unter Führung von Raditsch ganz zahm, regierungs- und königstreu gemacht, und sogar dazu veranlaßt, daß sie, als sie in die Regierung eintrat, nichts einzuwenden hatte gegen die Anwendung der Gewalt gegen ihre politischen Gegner. Und nun ist die Reihe an die anderen bürgerlichen Parteien gekommen, besonders an die große radikale Partei, deren Gründer und Führer Pasitsch war.

Da sich die Gewalt und die Macht der Regierung über die Macht des Parlamentes erhob und da das Parlament seine eigene Zerstörung durch die Vertreibung der gewählten Abgeordneten billigte und sich so selbst erniedrigte, war es eigentlich kein Wunder, daß schließlich eine Regierung ohne parlamentarisches Vertrauen ans Ruder kam mit dem Zwecke, das parlamentarische Regime als solches zu liquidieren.

Die gegenwärtige Regierung strebt systematisch darnach, zwei starke bürgerliche Parteien, die radikale und die demokratische, innerlich zu zersetzen und sie durch besondere Begünstigung dazu zu veranlassen, die Kandidaten der Regierung aufzustellen. Es haben sich in diesen zwei Parteien Leute gefunden, die ohne Befragung ihrer Partei die Regierung übernommen haben und nun durch Ausnutzung des Staatsapparates die Uebermacht in ihren eigenen Parteien zu erzwingen suchen. In den letzten Tagen wurde aufgedeckt, daß eine Reihe bürgerlicher Politiker, die der demokratischen, der radikalen und der klerikalen Partei angehören, untereinander einen Vertrag abgeschlossen haben, wonach sie die ihnen angebotene Regierungsgewalt übernehmen wollen. Sie wollen in ihren Parteien die Mehrheit der parlamentarischen Vertreter auf ihre Seite bringen und sie zu einer parlamentarischen Regierungsmehrheit zusammenzwingen oder diese drei Parteien selbst spalten und eine gemeinsame vierte Partei gründen. Alles das, um eine Verfassungsrevision durchzuführen, eine zweite Kammer einzuführen, die Verfassung von den leeren demokratischen Prinzipien zu reinigen, den Parlamentarimus zu beseitigen und die Macht des Königtums zu steigern. In diesem Zeichen wird also der Wahlkampf geführt. Unter besonderen Umständen wiederholt sich die Geschichte Deutschlands nach der nationalen Einigung. Es ist aber fraglich, ob der Erfolg des Militärkönigtums mangels eines starken wirtschaftlichen Aufschwunges wirklich durchschlagend und dauernd sein wird.

Die sozialistische und die kommunistische Partei nehmen an diesen Wahlen teil. Es war eine furchtbar beschämende Tatsache, daß in das letzte Parlament kein Arbeitervertreter gewählt worden war. Trotz der organisatorischen Schwäche der beiden Parteien wäre es wohl in einigen Gegenden möglich, zu einer sicheren parlamentarischen Vertretung zu gelangen, wenn sich die beiden Parteien nicht gegenseitig bekämpften. So haben z. B. in ganz Slowenien unsere Genossen den Kommunisten ein Wahlbündnis angeboten. Der Vorschlag wurde aber unter Beschimpfungen abgewiesen, trotzdem auch die jugoslawischen Kommunisten die Parole der Einheitsfront im Munde führen. Aber wenn diese Einheitsfront in der Praxis auch zu sozialistischen Erfolgen führen soll, dann sind die Kommunisten entschieden dagegen.

Unsere Partei geht so als bewußte Trägerin des demokratischen Gedankens in diesen schweren Kampf wieder ganz allein, aber in der Zuversicht, daß ihr die bisherige emsige Arbeit Erfolge bringen wird.

Die Wahrheit über den 15. Juli in Wien

Bekanntlich hat der Wiener Gemeinderat nach den Unruhen in Wien einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der aus vier Vertretern der Sozialdemokraten und zwei Vertretern der Opposition bestand. Der Ausschuß tagte unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Dr. Danneberg, der zugleich sein Berichterstatter war.

Die Kommission hat von der Polizeidirektion einen Bericht über die Ereignisse eingeholt und denselben mit den vor der Kommission gemachten Zeugenaussagen von Personen verglichen, die den Ereignissen beigewohnt haben. Hierauf richtete die Kommission eine Anzahl von Fragen an die Polizeidirektion, um derart eine Ueberführung der verschiedenen Darstellungen vornehmen zu können. Die Polizeidirektion ließ sich jedoch vom Bundeskanzler Dr. Seipel die „Weisung" geben, die Beantwortung des Fragebogens abzulehnen. Die Kommission hat daraufhin ihre Tätigkeit beendet und legt nunmehr dem Gemeinderat einen umfangreichen Bericht vor, der von der Kommission mit den Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt wurde. Der Bericht ist in der „Wiener Arbeiter Zeitung" vom 31. August wörtlich abgedruckt. Er umfaßt 5½ Seiten des Blattes. Der Bericht geht aus von der Weigerung der Polizei, die ihr übermittelten Fragen zu beantworten und erklärt hierzu, daß „das Vorgehen der Polizeidirektion und der Bundesregierung eine Brüskierung der Wiener Volksvertretung und einen neuerlichen Versuch" darstelle, „die Untersuchung der Vorgänge des 15. Juli unmöglich zu machen."

Die Kommission bezeichnet die Vorbereitungen der Polizei gegenüber der Demonstration als mangelhaft und fährt fort: „Offenbar, um den Mangel an Mannschaft auszugleichen, wurden auf der Ringstraße etliche Dutzend berittene Wachtleute aufgeboten. Es ist soweit sich Kenner der Wiener Arbeiterbewegung erinnern, in diesem Jahrhundert nur zweimal vorgekommen, daß berittene Wache Attacken gegen Demonstranten geritten hat." Der Kommissionsbericht behandelt sodann eingehend den ihr von der Polizeidirektion übermittelten Bericht und verweist darauf, daß der Polizeibericht alles verschweigt, was der Schutzbund zur Rettung bedrohter Wachleute und zur Wiederherstellung der Ordnung getan hat. Die Wache hat oben in jenem Augenblick zum ersten Mal gefeuert, als es bereits dem Schutzbund gelungen war, der Feuerwehr den Weg zum brennenden Justizpalast zu bahnen. Der Bericht schildert die grauenhaften Szenen, die sich in den Nachmittags- und Abendstunden des 15. Juli ereigneten, als die Wache ohne vorhergehende Warnung, obwohl die Demonstration bereits längst beendet war, auf harmlose Passanten schoß und berichtete von Akten der Grausamkeit von Polizei gegen Leute, die Verwundeten zur Hilfe kamen, und bereits niedergeschlagene Passanten. Dazu gehört auch das Salvenfeuer der Wache auf die Menge, die sich in das Rathaus geflüchtet hatte. Die Behauptung der Polizei, daß aus dem Rathaus auf sie geschossen worden sei, erscheint dadurch widerlegt, daß die Staatsanwaltschaft die Strafuntersuchung in dieser Richtung eingestellt hat.

Der Kommissionsbericht deckt sodann auf, daß die leitenden Organe der Polizei den Greuellegenden über das Vorgehen der Menge gegen die Polizei, die sich ausnahmslos als unwahr erwiesen, nicht entgegengetreten sind. Insbesondere das Organ der christlich-sozialen Gewerkschaft der Wacheangestellten hat sich in der Verbreitung von Greuellegenden hervorgetan.

An Hand von Zeugenaussagen, die in der Kommission von Wachleuten und Soldaten gemacht wurden, stellt die Kommission fest, daß die Polizei mit Scheibenschußmunition bewaffnet worden war, die dieselben Wirkungen hervorbringt, wie Dum-Dum-Geschosse. Sie verweist überdies auf die Mitteilungen eines hohen Polizeifunktionärs in einer Wiener Tageszeitung, in denen der Gebrauch von Scheibenschußmunition durch die Polizei bestätigt wird.

Der Bericht zieht einen Vergleich über die Vorschriften über den Waffengebrauch in der Monarchie und der Republik und erklärt, daß am 15. Juli selbst jene Vorschriften nicht beachtet wurden, die in der Monarchie in Geltung standen. Zum Abschluß erklärt der Bericht: „Niemand hat behauptet, daß die Behörden den Exzessen hatten freien Lauf lassen sollen. Aber die Frage, ob nicht bei ihrer Unterdrückung **Menschenleben infolge von Mängeln und Fehlern der Polizei zugrunde gegangen sind,** mußte von der Wiener Volksvertretung gestellt werden, zumal da es 88 Tote gab, und heischt eine Antwort.

Daher wurde beantragt:

1. Der Gemeinderat erhebt feierlichen Protest dagegen, daß die Bundesregierung, die durch ihre Mehrheit im Nationalrat eine parlamentarische Untersuchung der Vorgänge des 15. Juli unmöglich gemacht hat, nunmehr auch der Wiener Volksvertretung die Untersuchung darüber unmöglich macht, ob die Katastrophe des 15. Juli nicht eine Folge schwerer Fehler der Polizei ist, für die die schuldigen Organe zur Verantwortung gezogen werden müssen.

2. Der Gemeinderat nimmt den Bericht der von ihm eingesetzten Kommission zur Kenntnis.

Das Dorf der 8000 Uhrmacher

Von Karl Gvatter.

Steil und unvermittelt wachsen die Steinwände der Juraberge aus bewildetem Untergrund zur Höhe. Neben der Bahn rauscht die Aar, und industriereiche Orte reihen sich am Schienenstrang, der von Basel durch die Kantone Basel-Land und Solothurn in den Kanton Bern führt. In der ersten bernischen Stadt, in Biel, steige ich aus.

Der Bieler See träumt in den Abend hinein, und dunkel und schweigend liegt inmitten der weiten Wasserfläche die Petersinsel, auf der Jean Jacques Rousseau, der Philosoph und „Zurück-zur-Natur"-Prediger vor 162 Jahren eine Zufluchtsstätte suchte, nachdem er aus Frankreich verbannt worden war. Vom Geiste Rousseaus lebte heute noch viel im Volke, das um den Bieler See wohnt. Die Stadt Biel, deren Bewohnerschaft zu drei Fünfteln deutsch und zwei Fünfteln französisch ist, und die etwa 5000 Uhrmacher beschäftigt, hat eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit, und das gleiche gilt von einigen Nachbarorten.

„Der Jura ist still und verträumt, aber er ist klar und sonnig. Er mildert die stolze, unnahbare Wildheit und Majestät des Hochgebirges zu ernster Kraft". So schildert ihn der Dichler Adolf Frey, in seinem Böcklin-Buch. Das stimmt überein mit John Ruskins, des englischen Aestheten, Ausspruch, er habe in der Juralandschaft die Erfüllung seines malerischen Sehnsuchtsideals gefunden. Von Biel hinauf nach La Chaux de Fonds führt der Zug an tiefen Schluchten vorbei, durch sanft geschwungenes Wiesengelände, durch ein helles Hochtal, das gesäumt wird von weiten, dunklen Wäldern. Hin und wieder ein Dorf. In jedem ein oder mehrere Uhrenfabriken. Dann fährt man in den großen Bahnhof von La Chaux de Fonds ein, das sich in 1000 Meter Höhe auf einem Hochplateau nahe der französischen Grenze ausbreitet. La Chaux de Fonds zählt 40 000 Einwohner, ist aber dennoch keine Stadt, und seine Bürger wollen keine Städter, sondern nach wie vor Bürger „des größten Dorfes der Welt" sein. Sonst aber hat La Chaux de Fonds wenig Dörfliches an sich. Palastartige Bauten, große Mietkasernen, schnurgerade, im rechten Winkel sich schneidende, an amerikanische Städtebaumethoden erinnernde Straßenzüge, und vor allem die vielen großen Uhrenftbriken drücken dem „großen Dorf" — so nennt man in der Schweiz La Chaux de Fonds — ihren Stempel auf. Der Ort ist das Zentrum der schweizerischen Uhrenindustrie und des Uhrenhandels, und jedes Jahr gehen von hier viele Millionen Uhren in alle Länder des Erdballes. Insgesamt werden pro Jahr von hier **Uhren und Uhrenbestandteile für rund 100 Millionen** Schweizer Franken ins Ausland geschickt. In den etwa 300 Uhrenfabriken und -fabrikchen sind 7000 bis 8000 Uhrenarbeiter beschäftigt, und rund 6000 davon sind gewerkschaftlich organisiert.

Das palastartige „Maison du Peuple" (Volkshaus), die in hoher Auflage erscheinende, im amerikanischen Zeitungsformat gehaltene sozialdemokratische Tageszeitung „La Sentinelle" („Die Wacht") und noch manches andere zeugt von der Bedeutung der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie in dem unter sozialistischer Verwaltung stehenden Gemeinwesen.

Ob du es glaubst oder nicht, geschätzter Leser: Das urfranzösische La Chaux de Fonds war, ebenso wie der ganze Kanton Neuchatel, in dem seit 250 Jahren das Uhrenmachen betrieben wird, und dessen größte Gemeinde das Uhrmacherdorf ist, einst viele Jahre lang — preußisch. Das ehemalige Fürstentum Neuchatel fiel nämlich durch Erbschaft im Jahre 1707 an den preußischen König Friedrich I. Im Jahre 1806 legte Napoleon seine Hand auf Neuenburg, wie der Kanton auch genannt wird, der es einem seiner fürstlichen Günstlinge als Vasallenfürstentum verlieh. Der Fürst, Marschall Berthier, verschacherte das Ländchen im Jahre 1814 wieder an Preußen, gegen eine lebenslängliche Rente von 34 000 Talern. Die preußischen Machthaber regierten mit Polizeifuchtel und Steuerschraube lustig darauf los. Den Neuenburgern aber schien die Sache allerdings wenig lustig, und im Jahre 1831 kam es im September und im Dezember zu Aufständen der Republikaner gegen die monarchistische Fremdherrschaft, die aber blutig unterdrückt wurden. Erst das Jahr 1848 brachte den Sturz der Preußenherrschaft in Neuchatel. Tausend Arbeiter von La Chaux de Fonds zogen bewaffnet hinunter in die Hauptstadt Neuenburg, nahmen die monarchistische, in der Hauptsache aus schweizerischen Patriziern bestehende, königlich-preußische Regierung gefangen, und der preußische König verzichtete wohl oder übel auf seine Neuenburger Untertanen, brach aber acht Jahre später treulos sein Verzichtsversprechen, inszenierte einen monarchistischen Putsch, der aber schon einen Tag später von den Republikanern niedergeschlagen wurde. Die Herrschaft des preußischen Königs in Neuenburg fand damit ihr endgültiges Ende.

Durch die Jurawälder und später durch weite Weinberggelände strebt der Zug hinunter nach der Hauptstadt Neuchatel. Silbergrau glänzt unten der Neuenburger See in der Sonne, und vom jenseitigen Ufer grüßt, hauchzart, rosig und grau, die lange Kette der Alpen. Und wenn man Glück und schönes Wetter hat, kann man die Endglieder der Riesenkette sehen: im Osten die bayerischen und Vorarlberger Hochgipfel und im Westen den Silberblock des Montblanc.

Der dichtende Trunkenbold

Unbekanntes von Edgar Allan Poe.

Soeben ist in Chikago eine umfangreiche Biographie von Edgar Allan Poe erschienen. Die Verfasserin, Mary Philips, gibt damit das ausführlichste Werk, das bisher über den Dichter erschienen ist und größtenteils unbekanntes Material enthält. Die Familie Poe stammt nach den Angaben dieses Buches aus Norditalien. Von hier siedelte sie nach Frankreich über und ließ sich bei Albi nieder, von wo sie während der Albigenserkriege nach Schottland flüchtete. Ein David Poe nahm an dem schottischen Aufruhr des Jahres 1666 teil. Den Großvater des Dichters findet die Geschichte bereits in Amerika. Er nannte sich General David Poe, obwohl seine Rechte auf den Generalstitel recht zweifelhafter Natur waren. Es steht jedenfalls fest, daß David Poe während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges 500 Dollars für die Ausrüstung der Armee Lafayette stiftete und sich als Freund Lafayettes betrachtete. Als dieser im Jahre 1824 die Vereinigten Staate besuchte, sagte er am Grabe David Poe: „Hier ruht ein großes Herz."

Der Vater Edgar Allan Poe war Schauspieler und heiratete eine Schauspielerin. Damals waren die Schauspieler in Amerika sehr wenig angesehen. Der kleine Edgar war erst drei Jahre alt, als ihm Vater und Mutter starben. Er wurde bei fremden Leuten, dem reichen Ehepaar Allan in Richmond, erzogen. In der Schule wurde er von seinen Kameraden verhöhnt, weil er nicht der „echte Sohn seiner Eltern" war. Diese Kränkungen hinterließen in der gefühlvollen Natur des Dichters tiefe Spuren. Nachdem seine Pflegemutter gestorben war, entzog Allan seinem Pflegesohn jede materielle Unterstützung. Auch eine Jugendliebe bereitete dem jungen Poe eine schwere Enttäuschung. Seine Braut, Elmire Roister, heiratete einen anderen. Edgar war dem Wahnsinn nahe. Er wollte die ungetreue Geliebte nach der Heirat sehen, sie schlug aber seine Bitte ab. Einige Zeit später verlor Elmire ihren Mann. Erst dann konnte Poe sie heiraten, als er schon der Trunksucht verfallen war.

Im Jahre 1831 schrieb Poe dem französischen Obersten Tailleur einen Brief und bat um Aufnahme in die polnische Armee. Es war zur Zeit des polnischen Aufstandes. „Meine Bitte würde dann zu erfüllen sein, wenn Frankreich Polen beistände." Im Jahre 1827 veröffentlichte Poe sein erstes Buch „Tamerlan und andere Dichtungen". Das Werk hatte damals keinen Erfolg; im Jahre 1919 wurde ein einziges Exemplar für 11 600 Dollars auf einer Bücherauktion verkauft. Literarische Anerkennung in Amerika fand Poe erst in den dreißiger Jahren, nachdem eine Bostoner Zeitschrift ihm eine Prämie von 50 Dollars für die Erzählung „Ein Manuskript in einer Flasche" verliehen hatte.

In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre war Poe nicht nur ein schwerer Alkoholiker, sondern auch ein gemütskranker Mensch. Der Rechtanwalt Gilles erzählte, wie einmal spät in der Nacht an seine Tür geklopft wurde. Er öffnete und sah einen unbekannten Mann in zerlumpter Kleidung vor sich stehen. „Entschuldigen Sie", sagte der Unbekannte, ich habe mehrere interessante Gedanken im Kopf, die ich zu Papier bringen möchte. Ich sah Licht in Ihrem Fenster und nahm mir die Freiheit, bei Ihnen anzuklopfen." Der Rechtsanwalt begleitete den Vagabunden in sein Arbeitszimmer und gab ihm Papier, Feder und Tinte. Als er am nächsten Morgen nach dem seltsamen Gast sah, fand er den Vagabunden in tiefem Schlaf vor dem Schreibtisch. Der Unbekannte erwachte beim Geräusch der Schritte, sprang auf, dankte verlegen und wollte weggehen. „Sie haben Ihr Manuskript vergessen", sagte Gilles. — „Nein", erwiderte der unbekannte Mann, „ich habe mir eine Kopie behalten. Diese Arbeit können Sie zum Andenken an meinen Besuch behalten." Es waren die weltberühmten „Glocken" mit der Unterschrift Edgar Allan Poes.

Am 7. Oktober 1849 starb Poe in einem Krankenhaus von Baltimore. Als Todesursache wurde Delirium tremens angegeben. Zwei Wochen lang war Poe zwischen Philadelphia und Baltimore und Richmond umhergeirrt. Man sah ihn in Eisenbahnzügen, in Gebäckbüros, in Kneipen und Wahllokalen. Er war stets betrunken und zerlumpt; sein Geisteszustand war völlig verwirrt. Am 3. Oktober erkannte ihn zufällig ein Zeitungssetzer und brachte ihn in das Krankenhaus, wo der Dichter im Elend starb.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Freitag, den 9. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses eine Vorstandssitzung des Bundes statt. Eingeladen sind hierzu der Vorstand und die Delegierten der Kulturvereine.

Versammlungskalender

Laurahütte-Siemianowitz. (Maschinisten und Heizer.) Am Mittwoch, den 7. September, abends 6 Uhr, findet im Generlichschen Lokal eine Mitgliederversammlung statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Schwientochlowitz. Die Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes und der D. S. A. P. findet am Sonntag, den 11. September, vormittags 9½ Uhr, bei Dulok, Langestraße, statt. Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.

Königshütte. (Arbeiterwohlfahrt.) Die für Mittwoch angesetzte Versammlung findet nicht statt.

Vermischte Nachrichten

Neue Anwendung von Röntgenstrahlen.

Die von dem deutschen Professor Röntgen entdeckten Strahlen haben schon zu mancherlei Zwecken, so besonders in der Medizin für Chirurgen oder bei den Zollämtern zur Durchforschung des Gepäcks usw. segensreiche und nützliche Anwendung gefunden. Jetzt bedient man sich auch der Röntgenstrahlen zum Aufsuchen von schädlichen und überflüssigen Metallgegenständen, wie Knöpfen, Haken, Nägeln, Schraubenmuttern, die aus Versehen in Ballen von Altpapier und Lumpen geraten sind, aus denen man bekanntlich wiederum neues Papier herstellt. Solche kleinen Metallkörper können leicht die Papierbereitungsmaschinen beschädigen, und daher ist ihre Entfernung notwendig. Mit Hilfe der Röntgenstrahlen lassen sich diese Metallteilchen leicht entdecken. Dabei werden die Lumpen und das Altpapier auf einem laufenden Band über Röntgenröhren hinweggeführt.

Friede deiner Asche!

Eine Polin, die in Neuyork starb, hatte testamentarisch bestimmt, daß ihre Ueberreste nach Polen übergeführt werden sollten. Aus Sparsamkeitsgründen ließ der Neffe der Entschlafenen die Tante einäschern und schickte die Asche an einen Freund. Die polnische Zollbehörde aber wollte die Aschenurne nicht über die Grenze lassen, weil die Einäscherung in Polen verboten ist. Nur mit Rücksicht auf den letzten Willen der Verschiedenen, der in dem Begleitschreiben ausgedrückt war, drückte sie schließlich beide Augen zu und ließ die Asche passieren. Aber nun mischte sich die Familie der Verstorbenen ein und erklärte, daß die Asche nicht in polnische Erde beigesetzt werden dürfe, weil dies den religiösen Anschauungen der Familie zuwiderlaufe. So wird also die unerwünschte Asche wieder den Rückweg nach Neuyork antreten, wo der Neffe dann über ihr weiteres Schicksal entscheiden soll.

Schutz den Walfischen im Südpolarkreis!

Der Walfischfang hat zuerst Europäer in größerer Zahl nach den Gewässern von Neuseeland gelockt, und an den Küsten wurden zahlreiche Walfischstationen errichtet. Allmählich aber hat diese ertragreiche Jagd nachgelassen, und jetzt gibt es noch zwei Stationen in Neuseeland, eine an der Küste von Nord-Auckland und eine im Tory-Kanal. Dafür ist das schonungslose Gemetzel verantwortlich zu machen, das unter den Tieren angerichtet wurde, und sie entweder ausgerottet oder sie in andere Gewässer vertrieb. Man fürchtet nun, daß ein ähnliches Ergebnis durch die Ausbeutung des Walfischfangs im Südpolarkreis hervorgerufen werden wird. Das Neuseeländische Parlament hat sich kürzlich mit dieser Frage beschäftigt, denn der Generalgouverneur dieses Dominions ist zugleich Gouverneur der Gebiete des Roß-Meeres, die sich nach dem Südpolarkreis ausdehnen und besonders reich an Walfischen sind. Neuseeland bezieht nicht unbedeutende Einnahmen aus der Erlaubnis dieser Jagd. Ein besonderer Kenner des Walfischfangs, G. M. Thomson, führte nun im Neuseeländischen Parlament Beispiele dafür an, wie die Vernichtung der Walfische im Roß-Meer, besonders aber auch in den Gewässern von Südgeorgia und um die Falklandsinseln fortschreitet. Vor fünf Jahren gab die britische Regierung einer norwegischen Gesellschaft das Privileg des Walfischfanges im Roß-Meer. Diese Gesellschaft schickte im vergangenen Sommer zwei Hauptschiffe, die von fünf Walfischfängern begleitet waren. Die Fänger waren Motorboote, die an Schnelligkeit den Walfischen überlegen waren. Sie fuhren von den Hauptschiffen aus, auf denen sofort der Lebertran aus den Walfischleichen gewonnen wurde. Das eine Hauptschiff kehrte nach wenigen Monaten mit 22 734 Barrels (1 Barrel gleich 166 Liter) Tran zurück, die von 254 Walfischen stammten. Der Tran eines einzigen Riesentieres, das 125 Fuß lang war, wurde mit über 20 000 Mark beziffert. Das zweite Schiff brachte 40 000 Barrels heim. Im ganzen waren von beiden Schiffen gegen 600 Walfische verarbeitet worden. Thomson hält die Zahl der Walfische, die alljährlich um Südgeorgia erlegt werden, für 2000 bis 8000, die aus dem Roß-Meer für 700 bis 1000. Bei so gewaltigen Ziffern ist es sehr begreiflich, daß man die Ausrottung der Walfische befürchtet, wie dies an den Küsten von Neuseeland der Fall war, die vor 120 Jahren von diesen Tieren wimmelten und heute kaum noch Walfische aufweisen. Die britische Regierung hat ein Schiff, die „Discovery", zur Untersuchung dieses Problems ausgesandt. Abhilfe kann nach Thomsons Ansicht nur durch eine internationale Vereinbarung geschaffen werden, wie sie bei der Robbenfischerei auf der nördlichen Halbinsel durch die Vereinbarung zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Rußland und Japan erzielt wurde.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse", Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.